2. Jahrgang. Nr. 276.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 30 Pf.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 80 Pf. Durch Austräger 1.90 Mk. pro Woche, 7.50 Mk. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 28885. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 7. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

Der ADGB. reaktionärer als der Reichswirtschaftsrat

Ein Geheimzirkular des ADGB.

Vor einigen Tagen ist von den Gewerkschaftvertretern im Reichswirtschaftsrat mit einer großen Geste der Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung abgelehnt worden. Ein Antrag Dr. Röhr und Genossen verlangte, daß bei der geheimen Abstimmung vor Beginn eines Streikes eine Mehrheit von zwei Dritteln der abstimmenden Arbeitnehmer vorhanden sein müsse. Im Reichswirtschaftsrat waren die Gewerkschaftler gezwungen, durch den Druck der breiten Masse dagegen Stellung zu nehmen. Daß die Gewerkschaftsbürokraten mit dieser Schlichtungsordnung einverstanden sind, daß sie ihr nur den Geruch eines kapitalistischen Gesetzes nehmen wollen, beweist ein geheimes Rundschreiben, welches die Gewerkschaftsvorstände an die Ortsvorstände gerichtet haben.

Vereinbarungen der deutschen Gewerkschaften über gemeinsames Vorgehen bei wilden Streiks.

Die wilden Streiks sind geeignet, sowohl das Ansehen wie auch die Stoßkraft der Gewerkschaften (der Arbeiter, Angestellten und Beamten) erheblich zu schwächen. Sie schädigen zudem das deutsche Wirtschaftsleben in unverantwortlicher Weise und bringen fast nie den verantwortungslos und disziplinlos Streikenden den erhofften Erfolg.

Die Anstifter (!!) solcher wilden Streiks und Putsche (!) sind zudem meistens keine Gewerkschaftler (!), sondern Leute, die im Trüben fischen und die Arbeiterschaft für andere als gewerkschaftliche Zwecke mißbrauchen wollen. Die unterzeichneten Gewerkschaften sind scharfe Gegner des wilden Streiks und vereinbaren zu ihrer Abwehr, unbeschadet der Einzelbestimmungen in den Streikreglements der angeschlossenen Verbände folgende gemeinsame Richtlinien:

1. Die Arbeitsniederlegung ist nur als letztes und äußerstes Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden. Vorher sind alle Möglichkeiten auf friedlichem Wege durch unmittelbare Verhandlungen oder durch Anrufung von Schlichtungsstellen den gewollten Zweck zu erreichen, voll zu erschöpfen.

2. Alle Gewerkschaftsmitglieder haben die Verpflichtung, ehe sie mit gemeinsamen Forderungen an den einzelnen Unternehmer oder an die Arbeitgeberorganisation herantreten, sich mit den Orts- und Bezirksverwaltungen zu beraten. Ueber das Resultat dieser Beratung ist den Verbandsvorständen sofort Mitteilung zu machen. Bei der Aufstellung der Forderungen ist zu berücksichtigen:

a) die allgemeine Lage und der Beschäftigungsgrad des Unternehmens bzw. der Unternehmungen,

b) die Zahl der gewerkschaftlichen organisierten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten,

c) daß alle sonstigen wichtigen Umstände dafür sprechen, daß durch die Arbeitsniederlegung der gewünschte Erfolg auch wirklich erreicht wird.

3. Die Forderungen dürfen erst dann an die Arbeitgeber eingereicht werden, nachdem sie den zuständigen Zentralverbänden vorher übermittelt wurden und deren Zustimmung erhalten haben.

4. Vor der Arbeitsniederlegung muß unter allen Umständen unter den beteiligten Arbeitnehmern innerhalb ihrer örtlichen oder bezirklichen Organisationen eine geheime Abstimmung stattfinden. Der Streik gilt nur dann als beschlossen, wenn von dem in Frage kommenden Mitgliedern sich mindestens ¾ in der geheimen Abstimmung dafür erklären. Vor der Abstimmung sind den Beteiligten durch die verantwortlichen Orts- und Bezirksleitungen die Entscheidungen der Zentralvorstände bekanntzugeben, sowie die geltenden Bestimmungen über die Durchführung und Unterstützung des Streiks mitzuteilen.

5. Alle Streiks, die nicht nach den vorbezeichneten Richtlinien eingeleitet oder gar plötzlich vom Zaune gebrochen werden, haben als wilde Streiks zu gelten, die von keiner Gewerkschaft unterstützt werden dürfen. Solche wilden Streiks sind sofort den Zentralvorständen seitens der verantwortlichen Orts- und Bezirksverwaltungen mitzuteilen.

6. Bei Ausbruch wilder Streiks treten die in Betracht kommenden Orts- bezw. Bezirksverwaltungen aller Organisationsrichtungen zu gemeinsamer Beratung zusammen und vereinbaren

a) daß der wilde Streik von keiner der Gewerkschaften finanziert wird, auch nicht durch Sammlungen oder aus den Lokalkassen,

b) wie am besten und für die Arbeitnehmer am vorteilhaftesten der Streik zu einem guten und schnellen Ende gebracht wird. Rein agitatorische Gesichtspunkte müssen hierbei unbedingt zurückgestellt werden,

c) für die gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitnehmer besteht im Falle eines wilden Streiks die Verpflichtung, getreu der Organisationsparole die Arbeit nicht niederzulegen bzw. dieselbe sofort wieder aufzunehmen. Hat die Arbeitsniederlegung gegen den Willen der Organisation bereits stattgefunden, so haben die örtlichen bzw. bezirklichen Führer in den Betrieben oder Mitgliederversammlungen die Verpflichtung, die Gewerkschaftsmitglieder in starker Weise darauf hinzuweisen, daß sie die Arbeit aufzunehmen haben, da ihnen die Streiks- bzw. Maßreglungsunterstützung nicht gewährt werden darf.

Der ADGB. stellt, ganz wie reaktionäre Staatsmänner die Rebellion unterdrückter und hungernder Massen als das Werk einiger Hetzer hin. Auch wir Kommunisten sind gegen „wilde Streiks". Wir verlangen, daß die Kämpfe der Arbeiter als große einheitliche Massenaktionen durchgeführt werden. „Wilde Streiks" kann man aber nicht „verbieten" mit Rundschreiben im Stile einer Polizeiverordnung. Die wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinungen muß man beseitigen.

Die Gewerkschaftsführer haben noch nichts getan, um den stürmisch von Tausenden Arbeiterversammlungen geforderten Kampf gegen Teuerung, Not und Verelendung durchzuführen. Der ADGB. hat die Resolution vom 18. August 1921, nach der die wirtschaftlichen Kämpfe zusammengefaßt, unter einheitlicher Leitung geführt werden sollten, nicht verwirklicht. Der Schrei nach den „Weltmarktslöhnen" ist verstummt. Der ADGB. hat noch nichts getan, um den 10 Forderungen vom 16. November bezüglich der Steuerfrage Nachdruck zu verleihen.

Durch die Verschleppung aller Lohnkämpfe, durch die steigende Not wurde erst die Atmosphäre für wilde Streiks geschaffen. Die „Anstifter" dieser Streiks sind entgegen der Behauptung des ADGB. meist langjährige Gewerkschaftsmitglieder und Anhänger aller drei proletarischen Parteien.

Was will der ADGB. mit seinem Rundschreiben bezwecken?

Er will nicht nur im Sinne der Schlichtungsordnung den Kampf der Arbeiter hemmen und verhindern, dies geht aus dem Hinweis auf die „Schädigung der deutschen Wirtschaft" hervor, sondern er soll die Zügel noch schärfer anziehen als die Regierung. Entgegen dem Unternehmerantrag im Reichswirtschaftsrat und den statuarischen Bestimmungen der meisten Gewerkschaftler verlangt der ADGB. nicht eine ⅔ Mehrheit, sondern eine ¾ Mehrheit in geheimer Abstimmung.

Gegen diese hinterhältige und feige Methode, den Kampf der Arbeiter abzuwürgen, ihn durch lange Verhandlungen die Schlagkraft zu nehmen, muß die gesamte Arbeiterschaft in Betrieb und Gewerkschaft Stellung nehmen.

Zusammenfassung aller Kämpfe!
Kampf gegen die Schlichtungsordnung des ADGB.

Die Neuorientierung in der ökonomischen Politik.

Von N. Bucharin.

Der Zweck des vorliegenden Artikels ist, den allgemeinen Sinn unserer neuen ökonomischen Politik, deren Ursache, deren Ziele, deren Bedeutung in der allgemeinen Entwicklungsperspektive unserer Volkswirtschaft zum Kommunismus klarzumachen.

Denn was vielen unserer Parteigenossen fehlt, ist eben die Perspektive; sie scheint ihnen verloren gegangen, ihre klaren und deutlichen Linien scheinen ihnen in einer nebelhaften Unbestimmtheit zerflossen zu sein.

1. Die Ursachen der Wendung in der ökonomischen Politik.

Die Ursachen der Neuorientierung (des „neuen Kurses") lagen tief in der Grundlage unserer Wirtschaft und offenbarten sich nach außen in der außerordentlich scharfen sozialpolitischen Krise im Frühling 1921.

Unsere ökonomische Politik der Periode des sogenannten „Kriegskommunismus" konnte naturgemäß nicht eine Politik sein, die auf die Entwicklung der Produktivkräfte hinzielte. Die „Stoß"aufgabe, die dabei noch alles umfaßte, war die der roten Landesverteidigung. Ihr mußte alles geopfert werden: die materiellen Hilfsmittel, die organisatorischen Kräfte, alle qualifizierten Elemente der Wirtschaft. Unter solchen Umständen mußte es unsere Losung in bezug auf die Volkswirtschaft sein, nicht für deren dauerhaften Wiederaufbau zu sorgen (die „Meliorationen" können nicht sofort ausgenützt werden), sondern aus ihr die Produkte unverzüglich, sei es auf Kosten der Untergrabung der Produktivkräfte, herauszuholen. Nicht „produzieren", sondern „nehmen", sofort nehmen, um die Rote Armee, die Arbeiter der Waffenindustrie usw. schnellstens zu versorgen. Das und nur das stand im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit. Diese Politik wurde durch den Sieg über die Mächte der Gegenrevolution geschichtlich gerechtfertigt. Unter diesen Umständen verwandelte sich die „planvolle „Zweckmäßigkeit", soweit sie bestand, unvermeidlich aus einem Plan der Entfaltung der Produktion bei richtiger Verteilung in einen Plan des sparsamen Verbrauchs bei untergeordneter Rolle der Produktion

Besonders grell zeigte dies sich auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Unsere wirtschaftliche Politik beschränkte sich hier fast ausschließlich auf die Politik des Ernährungskommissariats, d. h. auf das Requisitionssystem der Zwangsablieferung. Unter diesem System verlor aber der individuelle Produzent, der Bauer, das Interesse, den Anreiz zur Ausdehnung der Produktion: es wird ja sowieso, wie man die Anbaufläche auch erweitert, alles außer einem Teile für den Eigenverbrauch, abgenommen werden. Es entstand hier also ein Gegensatz zwischen den Entwicklungsbedürfnissen der individuellen Wirtschaft und unserer Politik. Da aber die Landwirtschaft in Rußland die bäuerliche Landwirtschaft ist (und die Staatswirtschaft der Sowjetlandbetriebe im großen und ganzen eine sehr unbedeutende Rolle spielt), stand unsere Wirtschaftspolitik — wie es im Kriege nicht anders sein konnte — zur Entwicklung der ganzen Landwirtschaft im objektiven Widerspruch: die Krise der Landwirtschaft mußte sich verschärfen und sie verschärfte sich auch in der Tat. Und da die Landwirtschaft die Basis unserer Industrie ist, so mußte diese Erscheinung auf die Verschärfung der Krise der gesamten Volkswirtschaft hinauslaufen.

Hieraus ergab sich unvermeidlich folgendes. Dieses Gleichgewicht der Klassen, das sich im Laufe des Bürgerkrieges einstellte, beruhte nicht auf einem „normalen" wirtschaftlichen Prozeß, sondern auf einem gemeinsamen Kriegsinteresse des Proletariats und der Bauernschaft. Selbstverständlich war dieses kriegspolitische Bündnis auch durch wirtschaftliche Motive bestimmt: das Proletariat erhielt Getreide für seine Verteidigung des Bauernlandes vor den Junkern. Es ist klar, daß mit dem Augenblick, wo die Kriegsgefahr aufhörte, die ökonomischen Gegensätze sich äußerst verschärfen mußten. Auf die Tagesordnung wurden die Wirtschaftsprobleme, die Probleme der Entwicklung der Produktivkräfte gesetzt, die auf dem Gebiete der Landwirtschaft nur in der Form der Entwicklung der kleinbürgerlichen Wirtschaft möglich ist. Es entstand die dringende Notwendigkeit, das Proletariat und die Bauernschaft in ein richtiges Machtverhältnis zu bringen, das für die Entwicklung der Produktivkräfte einen freien Spielraum abgäbe.

Der grundlegende Widerspruch unserer ganzen Revolution — der Entwicklungsprozeß zum Kommunismus in einem kleinbürgerlichen Lande — äußerte sich in einer scharfen sozialen Krisis.

Beim allgemeinen Prozeß der wirtschaftlichen Zerrüttung geht die Stadt viel eher als das Land zugrunde. Wer über das Brot verfügt, erhält einen wirtschaftlichen Vorteil über den, der über die Produkte der städtischen Industrie verfügt. Das Dorf befreit sich wirtschaftlich von der Macht der Stadt in demselben Maße, wie der Zerfall der Produktivkräfte fortschreitet. Das war überall in allen Ländern während des Krieges der Fall. Dasselbe war in Rußland der Fall, wo das wirtschaftliche Eigengewicht der Bauernschaft sich im Verhältnis zu demjenigen der Arbeiterklasse erhöhte, Dazu mußte die Arbeiterklasse in Rußland eben darum, weil sie am Ruder stand, ihre Kräfte (für die Verwaltung des 160-Millionenlandes, für die Rote Armee usw.) zersplittern. Dabei verwandte der wirtschaftliche Zerfall einen großen Teil der Arbeiterschaft in Dorfhandwerker und einen Teil der in den Städten verbleibenden Arbeiter in Kleinproduzenten zweiten Ranges (Anfertigung von Zündzeugen, selbständige Arbeit für eigenen Bedarf usw.).

Unter der Entwicklung der Produktivkräfte verwandelt sich ein Teil des industriellen Kleinbürgertums in Proletariat. Unter dem wirtschaftlichen Zerfall verwandeln sich die Proletarier in Kleinbürger. Ein Erzeuger der Zündzeuge ist ebenso direkt wie ein Heimproduzent oder Bauer an dem Freihandel interessiert.

Von fünf Millionen Arbeitern*) waren kaum eine Million

*) Das ist die Ziffer der gewerkschaftlichen Statistik, die übrigens offenbar übertrieben ist.

Kohlenarbeiterstreik im Saar- u. Moselgebiet.

Der Kohlenarbeiterstreik, der in Ludwigshafen ausgebrochen ist, dehnte sich auf das ganze Saar- und Moselgebiet aus. Bis 70 Prozent der Belegschaften in den Kohlengruben sind ausständig.

Streik im Mährisch-Ostrauer Revier.

Auf allen 39 Zechen des Mährisch-Ostrauer Reviers hat der Streik begonnen, an dem 45500 Arbeiter teilnehmen. In den Kokereien wird gearbeitet. Der Dienst der Pumpen ist gesichert.

den 700 000 Kommunisten gegen den Freihandel. Unter diesen Umständen drohte der kleinbürgerliche Druck auf das organisierte Proletariat, der Druck, der obendrein sehr reale Widersprüche der kriegskommunistischen Politik hinter sich hatte, die proletarische Diktatur zu vernichten. So verschmolzen die wirtschaftlichen und die politischen Ursachen zu einem Ganzen. Die proletarische Partei war gezwungen, den stattgefundenen Wechsel der Klassenmachtverhältnisse zu berücksichtigen. Die proletarische Partei mußte unter dieser veränderten Konjunktur sich auch eine neue Aufgabe, die der Hebung der Produktivkräfte, stellen. Der Prozeß der Demobilisierung, die Aufhebung der Blockade usw. lieferten schon eine reale Möglichkeit für diese Arbeit. Es kam eine neue Periode. Es wurde die „Neuorientierung" notwendig.

2. Die Hauptaufgabe der „Neuorientierung."

Unter allen Umständen, unter jeder Orientierung der ökonomischen Politik sind die Hauptinteressen der kommunistischen Aufbauarbeit die Interessen der Großindustrie. Die Großindustrie ist der Ausgangspunkt der gesamten technischen Entwicklung; die Großindustrie ist die Basis der ökonomischen Verhältnisse der kommunistischen Gesellschaft; die Großindustrie ist die Grundlage der sozialen Macht, die die kommunistische Revolution durchführt, des industriellen Proletariats. Deshalb ist die Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Politik, die die Entwicklung der Produktivkräfte zu ihrer Richtlinie hat, die Festigung der Großindustrie.

Sobald wir aber die Frage der Festigung der Großindustrie stellen, treffen wir sogleich auf einen „wunden" Punkt. Zur Festigung der Großindustrie sind die „Fonds" (die Lebensmittel-, Rohstoff-, Bedarfsartikel- usw. -Fonds) notwendig. Hier droht uns die Gefahr in einen circulus vitiosus Fehler (ohne Ende) zu geraten: die Industrie muß die und die Produkte haben, zur Beschaffung dieser Produkte muß man die Industrie haben. „Die Erde auf den Wallfischen, die Wallfische auf dem Wasser, das Wasser auf der Erde, die Erde auf den Wallfischen" usw.

Hieraus folgt eines klar: um die Großindustrie zu heben, muß man um jeden Preis und mit allen Mitteln die Menge der Lebensmittel vermehren.

Um jeden Preis! Denn anders werden uns die elementarsten Vorbedingungen für diese Hebung fehlen. Mit bloßen Aufrufen zur Arbeitsbegeisterung läßt sich ohne Rohstoffe, ohne Nahrungsmittel, wie die Vergangenheit es zeigte, nicht viel ausrichten.

Mit allen Mitteln! Denn diese zusätzliche Produktenmenge, die unserer Großindustrie zugeführt werden muß, muß von außen, nicht aus dem Gebiete der Großindustrie selbst, die sich in den Händen des proletarischen Staates befindet, sondern von außen, aus andern, äußeren Quellen, es koste was es wolle, geschöpft werden.

Diese Vermehrung der Produktenmenge ist das höchste Gesetz des jetzigen wirtschaftlichen Zeitpunktes. In diesem Postulat liegt der Kernpunkt der Neuorientierung, ihre Grundlage. Auf diese Frage muß man mit Ja oder Nein antworten. Etwas drittes gibt es nicht.

Aber welche Quellen der zusätzlichen Produktenmenge stehen uns zur Verfügung? Diese Quellen sind: die Bauernwirtschaft, die Kleinindustrie, die Pacht, die Konzessionen, der Außenhandel.

Die Bauernwirtschaft ist bekanntlich eine individuelle, kleinbürgerliche Wirtschaft. Wir haben aber schon oben gesehen, daß wir nicht auskommen können, ohne diese Wirtschaft zu heben, ihr Wachstum zu fördern. Ihre Hebung ist die unerläßliche Vorbedingung des Aufschwungs unserer Großindustrie. Es ist vollkommen unrichtig, die Bauernwirtschaft ohne Zusammenhang mit ihrer Umgebung zu betrachten und dreifach unrichtig wäre es, es heute zu tun. Die Herausholung einer zusätzlichen Produktenmenge aus diesen Kreisen setzt ihr Wachstum voraus, das zeitweilig — in der gegenwärtigen Entwicklungsphase — nichts anderes ist als das Wachstum der bürgerlichen Verhältnisse. Aber dieses Wachstum gibt uns die Möglichkeit, uns eine zusätzliche Produktenmenge zu beschaffen.

Für die Kleinindustrie gilt dasselbe, wie für die Bauernwirtschaft.

Die Verpachtung ist in zwei Formen denkbar: die kapitalistische Pacht, (Verpachtung der Unternehmung der Unternehmung an einen Kapitalisten) oder die Verpachtung der Unternehmung an Arbeitergruppen. Der zweite Fall schließt die kapitalistische Gefahr aus, dagegen wird es den Arbeitergruppen gewöhnlich an Umsatzmitteln fehlen. Im Falle der kapitalistischen Pacht setzen wir voraus, daß wir vor uns nicht einen Pachtspekulanten, sondern einen Produktionsorganisator haben, der ein Kapital in einer oder anderer Form besitzt. Seine Rohstoffe, Lebensmittel usw. wird er nicht aus staatlichen Magazinen, sondern aus der Sphäre der Bauernwirtschaft und der Kleinproduktion herausholen müssen. Da hauptsächlich die unrentablen oder schlecht funktionierenden Betriebe verpachtet werden, und da der proletarische Staat in der Form des Pachtzinses eine zusätzliche Menge von realen Werten erhalten wird, werden diese Werte den notwendigen Fond der sozialisierten Großindustrie vermehren.

Die Konzessionen sind im Grunde genommen auch Pachtverträge. Der Unterschied ist der, daß wir hier mit viel kapitalkräftigeren Pächtern zu tun haben werden, die auch Teile des Anlagekapitals (Maschinen, Gebäude usw.) werden einführen müssen.

Der Prozentabzug der Konzessionäre zugunsten der Republik wird ebenfalls eine der Quellen der zusätzlichen Produktenmenge für den Fond der sozialisierten Industrie bilden.

Im Zusammenhang mit den Konzessionen steht zum Teil der Außenhandel, insoweit die Konzessionäre uns für die Pacht mit eingeführten ausländischen Produkten zahlen werden.

Dieser unserer Hauptaufgabe — der Vermehrung der Produktenmenge — zuliebe gibt das Proletariat zur Stärkung der nichtproletarischen (kleinbürgerlichen und großbürgerlichen) Wirtschaftsformen seine Zustimmung, um die Formen der proletarischen Wirtschaft, die sozialisierte Großindustrie, zu erhalten, zu stärken, zu entwickeln. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Sozialdemokraten als Redakteure der kapitalistischen Presse.

Die „Frankfurter Zeitung", das bedeutendste Organ der Finanz- und Börsenleute, wurde wegen eines Gerüchtes befragt, wonach in der Redaktion des Blattes Mitglieder der Sozialdemokratie sitzen sollen. Darauf erklärt die „Frankfurter Zeitung":

„Zur Sache selbst haben wir einfach zu erklären: Von den Mitgliedern unserer politischen Redaktion gehört keines der Sozialdemokratie an. Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist lediglich ein Kollege unserer Handelsredaktion, der diese Parteimitgliedschaft seit Jahren führt, ohne politisch hervorzutreten; in unsern Handelsteil ist er zu Beginn des Jahres eingetreten, nachdem er sich in einem anderen, der Demokratischen Partei nahe-, aber erheblich weiter rechts stehenden Blatte als Handelsredakteur von ausgezeichneten Qualitäten bewährt hatte. — Auf die Haltung unseres politischen Teils hat und beansprucht er keinerlei Einfluß."

Schlicht stellt das kapitalistische Blatt die „schlichte Tatsache" fest: Sozialdemokraten verkaufen ihre geistigen Kräfte der kapitalistischen Presse. Der Handelsteil wird von Sozialdemokraten für die Bedürfnisse der Industriekapitäne und Börsenleute zurechtgemacht.

Was brüllen die sozialdemokratischen Führer? — Arbeiter, vertreibt die bürgerliche Presse!

Der Zahlungsbefehl der Entente.

Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung mitgeteilt daß sie ausdrücklich darauf besteht, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Zahlungen am Verfallstage sicherzustellen. Sie fordert die deutsche Regierung auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notarisch Besitz im Auslande haben, oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung der ausländischen Devisen zu erhalten. Die deutsche Regierung habe es verabsäumt, zu gelegener Zeit die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derart ins Gleichgewicht zu bringen, daß die öffentlichen Ausgaben nicht in einem immer größer werdenden Maße durch die der Regierung von der Reichsbank gewährten Kredite und durch die Vermehrung des Papiergeldumlaufs, die die Folge dieser Kredite gewesen ist, gedeckt werden.

Was bedeutet diese Note für die Arbeiterschaft? Sie bedeutet, daß jeder Tag, den die Arbeiterschaft zögert, um die Erfassung der Sachwerte und die schleunige Heranziehung der Besitzenden zur Zahlung zu erzwingen, die schwersten Gefahren für die Massen heraufbeschwört.

Sie bedeutet, daß, wenn die Arbeiterschaft länger duldet, daß die Regierung vor der Stinnesgruppe zu Kreuze kriecht, der Augenblick näher ist, wo diese der Regierung und der Arbeiterschaft die Pistole auf die Brust setzen und ihre Bedingungen diktieren können.

Sie bedeutet, daß die Arbeiterschaft keine kostbare Zeit mehr verlieren darf, daß die Gewerkschaften und die politischen Parteien von den Massen zum Handeln gezwungen werden müssen.

Zehnstundentag in den österreichischen Eisenbahnwerkstätten.

Nach einer Meldung der „Roten Fahne" wird seit dem 1. Dezember in den österreichischen Eisenbahnwerkstätten zehn Stunden gearbeitet. Der Beschluß sei im Einvernehmen mit dem (sozialdemokratischen) Vertrauensmännerausschuß gefaßt worden. Ein neuer Beweis für die Hilflosigkeit der österreichischen Sozialdemokratie und ihre Feigheit.

Wenn das Organ der großagrarischen Ausbeuter und Wucherer, die „Schlesische Zeitung", an diese Meldung die höhnische Frage knüpft, ob in den zehn Stunden auch intensiv gearbeitet wird, dann empfehlen wir ihren Tintenkulis und deren Aushälter, einmal mit der Entlohnung eines österreichischen Arbeiters ein halbes Jahr täglich zehn Stunden zu arbeiten. Vielleicht würden dann diese Burschen etwas anders schreiben.

Zweifler im eigenen Lager.

Der ADGB. hat 10 Forderungen als Kampfgrundlage für die deutsche Arbeiterschaft aufgestellt. Er hat versprochen, dafür zu kämpfen, um die ungeheuren drohenden Gefahren, die über der Arbeiterschaft schweben, abzuwehren. Der erste Schritt seines Kampfes war, daß er die Einberufung eines allgemeinen Betriebsräte-Kongresses, den die Arbeiterschaft verlangte, ablehnte. Wir wollen hoffen, daß die weiteren Schritte des ADGB. davon zeugen, daß seine Worte doch ehrlich gemeint und nicht ein Betrug sind. Bezeichnend aber ist, daß die Zeitung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der bekanntlich eine SPD-Mehrheit hat, folgende Sätze schreibt, denen wir nichts mehr hinzuzusetzen haben:

Solche Zustände lassen erwarten, daß sich die Arbeiterschaft einhellig hinter die Forderungen der beiden Gewerkschaftsleitungen stellt. Sie wird auch diesmal ihre Pflicht tun, zumal sie weiß, daß, wenn sie jetzt säumig sein sollte, ihr noch weit größere Opfer und Kämpfe bevorstünden, ohne dann noch irgend welche Aussicht auf eine Möglichkeit des Entrinnens aus der Qual zu haben. Anderseits aber glauben wir von den beiden Gewerkschaftsleitungen erwarten zu dürfen, daß sie die Kraft, die ihr die Gewerkschaftsmasse in ihrer Kampfbereitschaft bringt, auch für die vollständige Durchsetzung der Forderungen benützt. Das Schicksal, das die beim Kapp-Putsch aufgestellten zehn Punkte erlitten, muß den jetzigen Forderungen unter allen Umständen erspart bleiben.

Schlesien.

Neue Typhusfälle im Waldenburger Gebiet.

Zu Hunger, Kälte, Pest vereinigt, schwingt die Furie Krieg noch heute ihre Geisel über der gequälten Menschheit. Jetzt rächen sich die Sünden kurzsichtiger Stadtväter früherer Zeit. Kaum ist die Typhusepidemie im benachbarten Dittersbach erloschen, so taucht sie in Gottesberg auf. Wie das „Gottesberger Wochenblatt" mitteilt, sind hier 4 Typhusfälle zu verzeichnen, das Polizeiamt hat die Häuser durch Plakate kenntlich gemacht und warnt vor dem Verkehr mit den Bewohnern. Seit ca. 14 Tagen besteht hier eine Wasserkalamität, die zum Himmel schreit erst ein Rohrbruch bei Ruhbank und nun zwischen Rothenbach und Gottesberg. Seit 14 Tagen muß die Einwohnerschaft aus allen alten Brunnen Wasser holen, zu bewundern ist die Geduld, denn teilweise müssen sie bis in die Nachbardörfer gehen und in allerlei Gefäßen Wasser herbeizuschaffen. Durch das Unterhöhlen durch den Bergbau entstehen dann solche Rohrbrüche. Ebenfalls durch den Bergbau ver-

---

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIPT UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

26.) (Nachdruck verboten.)

„Vergiß es ja nicht!" wandte sich Hardegg abermals an ihn. „Tatbestand! Ueber jede Aktion Tatbestand. Dies ist Dein Ressort. Tatbestand fürs Oberkommando. Bei jeder Gelegenheit hineinnehmen: Konspiration, Spionage. Spionage für die Bolschewiken. Und alles ist stets entdeckt worden. Attentat. Ja, Attentat gegen den Oberkommandanten, ist aufgedeckt worden! Verstehst du mich! Alles aufnehmen! Ja! Urteil wurde standepede vollzogen, vom Volk, verstehst du?"

„Volksurteil!"

„Richtig! Volksurteil. Sofort."

„Wie du befiehlst, ganz nach deinem Belieben!"

Und . . . überall . . . Bolschewiken-Wirtschaft."

„Bitte!"

„Na ja! Und hineinschreiben: Aktion Rittmeister Graf Hardegg."

„Selbstverständlich."

Sie schwiegen. Dann knurrte Hardegg abermals auf:

„Kein Trupp!"

Borczay zerrte heftig an den Kutscher.

Der Graf rief zornig:

„Ich will nicht zu spät kommen. Kavallerie wird früher dort sein. Will Aktion allein durchführen!"

„Von Halwi aus?"

„Jawohl."

„Das brauchst du nicht zu befürchten. Ich beriet mich mit ihnen telephonisch. Wir besprachen, daß auch wir erst morgen eintreffen. Sagte es, damit wir ihnen zuvorkommen."

„Dies war richtig. Ja! Schau dich nur, kommt die Gesellschaft noch? Die Hardegg-Tiger, was? Kommen sie? Bejossen, alle bejossen. Werden noch einschlafen. Im Straßengraben."

Borczay neigte sich aus dem Wagen.

„Sie folgen," sprach er, „sind knapp hinter uns!"

Sie waren tatsächlich betrunken. In dem nächsten Wagen saßen ihrer drei. Die Oberleutnants Ban und Czernizky und der kleine Fähnrich Szomolany. Den letzteren hatten sie vom dritten Gefährt herübergenommen, wo er mit dem Leutnant Meizaros saß. Sie gröhlten: „Dieser weinende Bäßel wird auch das Kalb noch verjrechen!"

Ban, Czernizky und Szomolany trugen mit mächtigen Kranichfedern geschmückte Kappen, in der Hand hielten sie mit Wein gefüllte Feldflaschen und sangen Soldatenlieder. Der Fähnrich saß in der Mitte, die beiden anderen wollten seine Stimme hören. Sie stießen ihn häufig in die Seite und schrieen ihn an:

„Lauter, Du lilienreine Jungfrau!"

„Du unausgebrütetes Küken!"

Szomolany schloß die Augen: er brüllte bejossen und bereitwillig.

Ban, der schielende Augen hatte, und, wenn er betrunken war, vollkommen starr vor sich blickte, brüllte häufig:

„Los, sieben Tropfen auf den Altar!"

Er hob die Feldflasche an den Mund und goß den Wein hinab. Auch die anderen mußten seinem Beispiel folgen.

Ban, der schielende, hatte mit diesem Trick den ganzen Krieg durchgemacht. Die Feldflasche hing ihm stets an der Seite. Er war vernachlässigt, bärtig, schmutzig und immer betrunken. Zu seinen Leuten grausam und roh, war seine einzige Sorge, daß sie stets reichlich Trank und Speise erhielten. Dafür folgten die zu Tieren herabgesunkenen Soldaten ihm am liebsten obschon er sie stets in die unsinnigsten Abenteuer mitriß. Er war nicht verläßlich, diszipliniert; galt auch unter den Seinen als wahnsinnig, konnte zu bestimmt festgelegten Aufgaben nicht verwendet werden. Die Ausführung der tollsten Pläne wurde jedoch stets ihm überlassen, denn niemand verfügte über das Leben der anderen und auch das eigene so leichtsinnig wie er.

„Wir müssen ohnehin einmal krepieren, sieben Tropfen auf den Altar!" — pflegte er zu brüllen und sich in die wildeste Gefahr zu stürzen.

Er war der Sohn eines hinkichten kleinen Schusters mit narbigem Hals, der Sohn eines verfoffenen, am Boden klebenden armen Mannes, und war nur mit schwerer Mühe in die Kadettenschule gelangt. Er war nicht flug, war nicht vornehmer Abstammung, dafür aber büffelstark und stets bereit, die unreifen böswilligen Witze seiner Kameraden zu erdulden. So strauchelte er durch die Kadettenjahre und bei der Truppe, der er zugeteilt wurde, hieß es bereits, er würde es nie weiter als bis zum Fähnrich bringen. Er diente in den übelsten Garnison, in schmierigen Städten, wo er sich in schmutzigen Schenken umhertrieb, trank, das große Wort führte, raufte mit Fuhrknechten, mit vagierenden Müßiggängern und allerhand verkommenen Vorstadtlumpen Freundschaft schloß. Hier traf ihn der Krieg an, in dem er dann unentgeltlich Branntwein und Blut soff, frei und ungestraft, ja, er wurde dafür ausgezeichnet. Er verwilderte vollkommen, verlor jede Menschlichkeit, wurde zerlumpt und wahnsinnig. Da der Krieg zu Ende war, blickte er sich um, wie ein Mensch, dem dumme Ungerechtigkeit widerfährt. Wäre ihm das Geld rascher ausgegangen, als er heimkehrte, wäre er eines Tages zufällig nüchtern geworden, er hätte sich vielleicht eine Kugel in den Kopf gejagt. Aber die sieben Tropfen auf dem Altar währten bis zum großen Erwachen, da nun alle Seinesgleichen hervorkrieben und weitertoben konnten, in Blut und in Wein, so wie sie es gewohnt waren, wie sie es bisher getan hatten.

(Fortsetzung folgt.)

schuldet schwindet jedes Wasser im Boden und kommt erst durch die Grubenpumpen zutage. Im benachbarten Alt-Lässig am Wildberg ist reichlich Wasser vorhanden, aber früher hat man nicht zugegriffen und jetzt besteht die Gefahr, daß die Kohlenbarone auch darauf ihre nimmersatte Faust legen und dann werden sie der Gemeinde in der Stunde höchster Not das Wasser zu angemessenem Preise ablassen. Es ist ein Skandal, wie hier mit dem höchsten Gut, mit der Gesundheit ein frevles Spiel getrieben wird. Hier können die Stadtväter aus heutiger Zeit einmal großzügige Kommunalpolitik treiben. Die SPD.-Mehrheit soll einmal zeigen, ob sie Politik treiben wollen im Interesse der Gesundheit der Arbeiterklasse. Dazu ist aber notwendig, daß es gezwungen wird, für eine einwandfreie Wasserversorgung die Kosten aufzubringen. Wir zweifeln stark, daß die SPD. den Kampf aufnehmen wird, betont sie doch immer, daß sie nichtnur Arbeiterinteressen, sondern die Interessen der Allgemeinheit vertritt und dabei werden die Arbeiter immer den Kürzeren ziehen. Im letzten Bericht über die Stadtverordnetensitzung machten sie hämische Bemerkungen in der Bergwacht über unsere Vertreter, die es sich leicht machten bei der Ablehnung der Ratsvorlagen, aber sie, die braven SPD.-Leute seien sich der Verantwortung bewußt und sie übernehmen die Verantwortung. Nun gut, seid ihr auch bereit, jetzt die Verantwortung zu übernehmen, wo der Tod an die Tore unseres Städtchens pocht, wollt ihr verantworten, wenn jetzt vermehrte Not und Trauer Eingang hält in die Wohnungen der Arbeiter. Wir fragen an, was gedenkt ihr zu tun, um der Wiederholung solcher Kalamitäten vorzubeugen, ihr habt die Mehrheit, ihr seid verantwortlich für das, was geschieht oder besser gesagt, für das, was unterbleibt. Wir werden jede Politik, die im Interesse der Arbeiter liegt, unterstützen. Nun wohlan!

F. M.

Eine Fettgeschichte aus Neurode.

Vor einiger Zeit wurde in der sogenannten Stadtmühle zu Neurode ein Lager von 350 Zentner amerikanisches Fett „entdeckt", welches schon seit längerer Zeit dort lagert. Angesichts der in letzter Zeit enorm in die Höhe gegangenen Preise für diesen begehrten Artikel, vermutete die Industrie- und Bergarbeiterschaft des Neuroder Reviers nicht mit Unrecht, daß das Fett zwecks Erzielung eines Wucherpreises zurückgehalten wird. Auf Veranlassung der Arbeiterschaft wurde das Fett beschlagnahmt und die Arbeiterschaft erwartete nunmehr, daß das Fett zu einem billigen Preise an die Bevölkerung abgegeben würde. Aber nichts von alledem geschah. Nun haben die bürgerlichen Neuroder Nachrichten in einem Artikel an die Arbeiterschaft die Aufforderung gerichtet, ein wachsames Auge auf das Fett zu haben, damit es nicht etwa über Nacht verschwindet. Infolge dieses „unerhörten Ansinnens" fühlte sich die sozialdemokratische Volksstimme veranlaßt, die Arbeiterschaft vor unüberlegten Schritten zu warnen und schrieb, daß selbst ein ein Kommunist seine helle Freude an dieser indirekten Aufforderung, das Lager zu stürmen, haben müßte. Es sei bereits alles geschehen, um der Bevölkerung eine billige Weihnachtsfettschnitte zu sichern. Man habe sich bereits an den Oberstaatsanwalt und als dies ohne Erfolg war, an den Oberpräsidenten in Breslau gewandt. Nun bringen die Neuroder Nachrichten eine Mitteilung, welche geeignet ist, ein bezeichnendes Licht auf die Angelegenheit bezw. die Geschäftspraktiken der Schieber zu werfen und auch der Arbeiterschaft zu zeigen, daß sie auf dem Wege, welchen das Gewerkschaftskartell beschritten hat, niemals zu dem Fett kommen wird, weil wir in der „freiesten Demokratie" der Welt unbedingt Gewaltigkeiten vermeiden d. h. also unter allen Umständen die Schieber schonen müssen, welche durch die Gesetze (Aufhebung der Zwangswirtschaft) geschützt werden. Auch der Wucherparagraph wird in diesem Falle versagen. Die erwähnte Mitteilung lautet:

Das Fett in der Stadtmühle.

Von der Fa. O. Cornehlsen u. Co. Agentur und Niederlage der Swift Packing Company Hamburg-Breslau, erhalten wir folgende Zuschrift: In der Bevölkerung Neurode haben sich verschiedene Meinungen und Erregungen gebildet, daß das Konsignations-Lager, Schmalz, bei der Fa. Just und Hoffmann, welches der amerikanischen Firma Swift Packing-Compagnz Chikago-Hamburg gehört, von Neuroder Kaufleuten zurück gehalten wird. Wir erklären, daß dieses unwahr ist und daß das Lager amerikanisches Eigentum ist, welches für den eventuellen Verkauf nach Deutschland gelegt ist, aber bislang noch nicht verkauft und bezahlt ist. Wir bitten, hiervon der Bevölkerung Kenntnis zu geben, und sie darauf aufmerksam zu machen, daß eventuelle Angriffe auf das Lager einen diplomatischen Schritt der amerikanischen Botschaft und der Entente zur Folge haben würde. Die Schieber und Wucherer verleben herrliche Zeiten in Deutschland. Wenn dann das gequälte Proletariat, ähnlich wie in Wien aufsteht und ein paar Schlemmerlokale zerschlägt, dann heult die ganze bürgerliche und sozialdemokratische Journaille.

SPD.-Demagogen auf der Reise.

Die SPD. wendet den von ihr so verpönten Terror doch sehr gern an, wenn sie als Partei dadurch Vorteil ziehen kann. Das bewies eine von der SPD. nach Grünhübel bei Breslau einberufene öffentliche Versammlung. Zu dieser hatte sich Herr Kleinert, Parteisekretär der SPD., eine Schutztruppe aus allen umliegenden Dörfern mitgebracht, um unsere Versammlung zu sprengen. Der Referent des Abends, Gen. Ulbrich, erntete durch sein Referat starken Beifall, und die Stimmung in der Versammlung war eine gute. Zur Diskussion sprach Herr Kleinert. Er versuchte die Ausführungen unseres Genossen lächerlich zu machen. Er führte etwa folgendes aus: „Wenn die Kommunisten Minister wären, dann würden sicherlich die Tarife der Landarbeiter besser sein, um dann auf die „Entgleisungen" einzugehen und alle Regierungen, ja sogar die des Krieges, zu loben. Herr Kleinert zeigte sich in dieser Versammlung als der Schutzpatron des Herrn Stinnes, der einer der besten und loyalsten Arbeitgeber sei. — Dann log er faustdick, wie: in Torgau hätte Dominicus einen deutschnationalen Landrat entfernt, und daß die „komm. Gewerkschaften" den Generalstreik für diesen Landrat proklamieren wollten. In Hannover wollte Wissel ein Walzwerk „sozialisieren", und da hätten sich die Arbeiter gewehrt. — Dann kam Georgien, das friedliche sozialistische Georgien, an die Reihe, das vom raublüsternen Rußland überfallen sei usw. Zum Schluß forderte Herr Kleinert seine Schäfchen auf, den Saal zu verlassen und die Versammlung zu sprengen. Dem Parteisekretär Kleinert ist zu empfehlen, die Stellung seiner eigenen Partei zu den Regierungen des Krieges einem eingehenden Studium zu unterziehen und die Geschichte Georgiens einmal zu lesen, vielleicht begreift er dann die Handlungen Rußlands.

Im Uebrigen sei hier erwähnt, daß dieser Kleinert auch anders kann. In einer öffentlichen von etwa 200 Personen besuchten Versammlung in Tschechnitz befürchtete Herr Kleinert die Rede eines christlichen Gewerkschaftssekretärs und bat unseren Gen. Graf, doch diesem Manne nicht das Schauspiel zu geben, daß wir uns gegenseitig bekämpften. Das ist echte SPD.-Manier.

Dieser Kleinert, der im Februar d. J. durch einen offenen Brief zur Zurücknahme verleumderischer und erlogener Aussagen aufgefordert und als böswilliger und erbärmlicher Verleumder bezeichnet wurde, hat darauf garnicht reagiert. Er bewies in der Versammlung, daß er noch ein erkleckliches dazugelernt hat. Kleinert hat also alle Anlagen, ein hervorragender Beamter der Noskepartei zu sein und zu bleiben.

Trotz des Terrors ist es uns gelungen, Abonnenten für die „Schles. Arbeiterzeitung" zu gewinnen.

Ein Orgesch-Waffennest ausgehoben.

In Löwenberg wurde in einem Schuppen hinter der Villa von E. Hochberg, ein großer Posten Waffen gefunden. Die Liegnitzer Volkszeitung schreibt, daß es erst wiederholter und energischer Vorstellungen bedurfte, ehe vom Oberpräsidium Breslau Maßnahmen zur Beschlagnahme getroffen wurden. Mehrere Kisten mit Maschinengewehrteilen und 700 Gewehre fand man.

Die Orgesch und ihre Helfershelfer.

Ein ehemaliger Angehöriger des Selbstschutzes bittet uns um Veröffentlichung folgenden Schreibens:

„Am 21. Juni 1921 mußte ich meine Heimat, eine größere Stadt am Rhein (besetztes Gebiet) verlassen, weil die Franzosen mich verhaften wollten. Um ein vorläufiges Unterkommen zu haben, fuhr ich von Köln nach Breslau, um mich beim Selbstschutz anwerben zu lassen. Ich lernte im Zuge einen Oberleutnant kennen, der zu seiner Kompagnie nach Oberschlesien zurückfuhr und mir das Anerbieten machte, zu seiner Kompagnie als Wachtmeister zu kommen. Ich fuhr mit ihm nach Sakrau bei Gogolin (O.-S.), wo ich meinen Dienst übernahm. Vorher gab er mir eine Legitimationskarte auf meinen Namen ausgestellt, mit echtem Stempel, aus der hervorging, daß ich geborener Oberschlesier sei (was unwahr ist) und dort wohne, um die Kontrolle in Oppeln zu passieren.

Mitte Juli wurde unsere Kompagnie aufgelöst. Ich ging nach Breslau und lernte hier eine Menge Offiziere und andere Angehörige des Selbstschutzes kennen, die alle mehr oder weniger Waffen und Munition für den Selbstschutz besorgten, und gestempelte Ausweise, unterschrieben von Hauptmann Vogt, hatten, aus denen hervorging, daß Inhaber Angehöriger des Selbstschutzes und für die Abteilung zur Beschaffung von Waffen und Munition tätig ist. Oberleutnant Eberle und ein Herr Hermann, Schweidnitzer Straße, besorgten derartige Ausweispapiere. Auch ich setzte mich mit Leuten in Verbindung, die angeblich im Besitz von Waffen sein sollten, um sie für den Selbstschutz zu erwerben. Oberleutnant Eberle, der sein Büro im Landeshaus, Gartenstraße, Zimmer 66, hatte, vermittelte die Waffenkäufe. Er ist auch einmal mit mir zu einer Stelle gegangen, von der ein großer Posten Waffen gekauft werden sollte. Bezahlt bekam ich nichts. Um während dieser Zeit nicht zu verhungern, ließ ich mir auf Grund meiner falschen Oberschlesierkarte von der hiesigen Flüchtlingsfürsorge einige Male Essen geben. Montag, den 8. August 1921, als ich mit einem Oberleutnant Kühne nach Brieg in einer Waffenangelegenheit fahren sollte, die durch Oberleutnant Eberle gekauft waren, wurde ich auf dem Hauptbahnhof verhaftet. Warum wußte ich nicht. Am Sonnabend vorher (6. August) hatte ich eine Auseinandersetzung nichtiger Art mit der Oberleutnant Förster, Claassenstraße 6, Polizeikommissar der Polizeiabteilung des Selbstschutzes. Bei meiner Verhaftung war ein bei dieser Abteilung Beschäftigter zugegen, der meine Verhaftung veranlaßt hatte. Ich wurde aus dem Wege geräumt, weil ich über Dinge, die nicht an die Oeffentlichkeit gehörten, zu gut orientiert war. Am 8. August gegen Mittag wurde ich nach dem Polizeigefängnis gebracht. Dort verhörte mich der Kriminalbeamte Simon. Es hieß, ich wäre der Spionage und des Waffenschmuggels verdächtig. Man wollte mich monatelang im Gefängnis halten, um mich aus dem Wege zu räumen, da derartige Prozesse langwierig sind. Irgendwelche feste Verdachtsgründe wurden nicht genannt, trotzdem kam ich nach dem Verhör wieder ins Gefängnis. Am 10. August verhörte man einige Zeugen, auch diese hatten nichts Positives über mich aussagen können. Danach wurde ich dem Kriminalkommissar Lyß vorgeführt, der einige Fragen über meine Personalien stellte. Wie man mir sagte, sei der Oberleutnant Eberle zu heute früh bestellt und hoffe ich, durch denselben auf freien Fuß gesetzt zu werden, da er die Beweise hatte, daß ich für ihn, also für die Selbstschutzorganisation gearbeitet habe. An Stelle des Oberleutnant Eberle erschien ein Herr Hermann, Zigarrengeschäft, Schweidnitzer Straße. Derselbe legte dem Kriminalbeamten Simon eine Bescheinigung vor, daß er Angehöriger der Abteilung zur Beschaffung von Munition und Waffen ist, gestempelt von der Zentralleitung Selbstschutz O.-S., unterschrieben von Hauptmann Vogt. Er erklärte, im Auftrage des Oberleutnant Eberle zu kommen, um denselben zu vertreten. Meine beschlagnahmten Papiere, Paß usw. unterzog nun Herr Hermann einer eingehenden Prüfung, wozu er absolut kein Recht hatte. Pflicht des Kriminalbeamten wäre es gewesen, diesen Herrn sofort auf Grund des Ausweises zu verhaften, denn nach den Bestimmungen der Regierung waren sowohl der Waffenkauf verboten, als auch der Selbstschutz verboten. Dieser Herr blieb frei, ich wurde wieder abgeführt. Am 11. August photographierte man mich und wurden Fingerabdrücke von mir abgenommen. Also ging man sogar soweit, mich ins Verbrecheralbum aufzunehmen. Bemerken möchte ich noch, daß ich seit Oktober 1912 aktiver Soldat bin und meine Heimat verlor, weil ich mich weigerte, für die Franzosen zu arbeiten. Der Dank des Vaterlandes!! Am 11. August wurde ich nach dem Untersuchungsgefängnis Breslau überführt. Beim Verhör wurde mir Einverständnis mit den Franzosen vorgeworfen und dabei suchen mich die Franzosen. Nach langer schmerzlicher Untersuchungshaft erhielt ich Bescheid, daß in meiner Strafsache Termin auf den 16. September festgesetzt sei. Die Anklage lautete auf einmal auf Betrug, und zwar sollte ich von der Zentralleitung des Selbstschutzes ungefähr 1000 Mark Vorschuß widerrechtlich bekommen und von der Flüchtlingsfürsorge 1 Anzug, 1 Hemd, 1 Unterhose, 1 Paar Strümpfe und 1 Handtuch empfangen haben. Ich war wie vor den Kopf geschlagen, denn von beiden Fällen mußte ich nichts. Gespannt war ich, was aus meinem Spionagefall werden würde, von dem ich weder in der Anklageschrift, noch sonst etwas zu sehen bekommen habe, trotzdem ich dieserhalb verhaftet wurde. Die Gerichtsschreiberei gab mir die Auskunft, der Spionageverdacht hätte sich nicht bestätigt. Nun sah ich dem nahen Termin mit vollem Vertrauen entgegen, denn ich habe niemals von der Zentralleitung als Vorschuß einen Pfennig bekommen, noch habe ich von der Flüchtlingsfürsorge je Kleidungsstücke bekommen. Der Termin wurde vertagt, man behielt mich weiter in Haft. Der Termin fand dann am 21. Oktober statt. Als Zeugen waren geladen Oberleutnant Eberle, Polizei-Wachtmeister Koziel und ein Herr Bung. Ich bestritt natürlich den Empfang des Vorschusses wie der Kleidungsstücke, gab aber zu, mir widerrechtlich von der Flüchtlingsfürsorge Essen geholt zu haben, und zwar aus Hunger. Ein Mittel, zu dem sehr viele Selbstschutzangehörige aus dem gleichen Grund gezwungen waren. Oberleutnant Eberle behauptete, ich hätte Vorschüsse bekommen. Ich bestritt dies wiederum und verlangte Quittungen oder sonstige Belege. Er erklärte, dieselben gestern noch in der Hand gehabt zu haben, hätte es aber nicht für nötig gehalten, dieselben mitzugegeben hatte. Auf die Aussage des Oberleutnant Eberle, ohne in der Flüchtlingsbarake essen gesehen zu haben, was ich vorher schon gegeben hatte. Auf die Aussage des Oberleutnant Eberle, ohne Unterlagen noch sonstige Belege, wurde ich mit zwei Monaten Gefängnis bestraft. Diese Strafe wurde durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet und ich auf freien Fuß gesetzt. Nun stand ich mittellos und als Verbrecher wieder auf der Straße.

Ich wende mich nun an die Oeffentlichkeit. Die Behörden arbeiten mit dem Selbstschutz, der heut noch genau so wie vorher besteht, der heut noch Waffen und Munition ankauft und verschiebt, in ganz Schlesien große Waffenlager unterhält (ich kann für alles Beweise bringen) und eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedeutet, Hand in Hand. Wir leben aber doch in einem Rechtsstaat, es kann doch nicht sein, daß man unschuldige Menschen hinter Schloß und Riegel bringt, bloß weil sie zuviel wissen. Ich verlange ein Wiederaufnahmeverfahren, in dem der Oberleutnant Eberle, der einen Meineid geleistet hat, entlarvt wird."

— — — — — — — — — — — —

Wir brauchen dem nichts mehr hinzufügen, der Brief spricht für sich. Er bestätigt, was wir erst dieser Tage sagten, die Orgesch wächst, blüht und gedeiht unter dem Schutze des Herrn Severing lustig weiter.

Himmelschreiende Zustände in den Gefängnissen und Zuchthäusern für politische Gefangene.

Es häufen sich täglich die Notrufe unserer hinter Kerkermauern sitzenden Genossinnen und Genossen. Wie wir heute erfahren, haben sich die Folgen eines achttägigen Hungerstreikes bei unserer Genossin Hedwig Krüger, die wegen ihrer Tätigkeit als rote Krankenschwester zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist und diese Strafe im Zuchthaus von Sagan verbüßt, so ausgewirkt, daß die bedauernswerte Genossin nunmehr im Sterben liegt.

Entsetzliche Quälereien haben die Genossin zu diesem Verzweiflungsschritt des Hungerstreikes geführt. Wenn man hört, daß diese brave Kämpferin schon vor einigen Wochen den Versuch gemacht hat, ihrem Leben ein Ende zu machen durch das Zerschmettern ihres Kopfes an den Eisengittern ihres Kerkers, so kann man sich ein Bild von den Qualen unserer Genossin machen.

Ohnmächtig zusammengebrochen, den Tod auf der Stirn gezeichnet, liegt sie nun auf der Pritsche und sieht dem Ende ihrer Leiden entgegen. Dem Genossen Menzel gegenüber, der sie aufgesucht hat, erklärte sie, er möge keine Umstände machen, sondern ihr die Augen zudrücken, damit sie besser sterben könne.

Arbeitsschwestern und Volksgenossinnen!

Euch frage ich, was sagt Ihr zu solch bestialischen Zuständen in der freiesten Ebertrepublik. Wir Frauen müssen uns fragen, was haben diese Menschen getan, daß sie solche Qualen erdulden müssen. Und ich sage: Sie haben nichts getan! Sie haben das unsägliche Elend an ihrem eigenen Leibe verspürt, sie fühlten mit ihren Volksgenossinnen und eilten Euch im Kampf um Eure Existenz voran. Sie wollten Euch den Weg weisen, das unerträgliche kapitalistische Joch von Euren Schultern abzuwälzen.

Nicht allein daß unsere braven Genossen und Genossinnen in den Gefängnissen ein schreckliches Los erdulden müssen, sie haben auch Unseretwillen ihre Familie beiseite gestellt, die unter den größten Entbehrungen und seelischen Schmerzen um ihre Liebsten hinter den Kerkermauern trauern.

Proletarierinnen! Ist es nicht unsere Pflicht gemeinsam mit den Genossen und mit der Arbeiterklasse für unsere Vorkämpfer und Helden einzutreten mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen? Ist es nicht unsere heilige Pflicht, alles zu tun, damit die Freilassung der politischen Gefangenen aus den Gefängnissen und Zuchthäusern erfolgt?

Frauen, rüttelt Eure Männer zum Solidaritätsgefühl auf, wenn es daran bei ihnen fehlen sollte! Wirkt weiter in Eurem Kreise, laßt nicht locker bis wir unser Ziel erreicht haben!

Ich halte es für meine Pflicht so zu Euch zu sprechen, weil sich mir die Gelegenheit bot anläßlich der Versorgung unserer Gefangenen in Breslau, mit eigenen Augen zu sehen und mit eigenen Ohren zu hören, was unsere Leidensgenossen hinter den Kerkermauern erdulden müssen.

Frauen und Männer der arbeitenden Bevölkerung, laßt laut die Parole erschallen und ruht nicht, bis sie erfüllt ist:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Partei-Literatur.

Taschen-Kalender der KPD.

Soeben erscheint bei der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW. 61, der Kalender der KPD. für das Jahr 1922. Wir machen unsere Genossen jetzt schon auf diesen Kalender aufmerksam, der in den allernächsten Tagen bereits bei den Parteibuchhandlungen und Organisationen zu haben sein wird. Da wir die Auflage nicht in das Ungemessene steigern konnten, ist es sehr leicht möglich, daß bei der sehr großen Nachfrage nicht diesem Kalender nicht alle Parteigenossen beliefert werden können. Wir bitten, sich schon jetzt darum zu bemühen.

den Kalender schriftlich oder mündlich beim Verlag oder bei irgend einer Organisation oder Buchhandlung zu bestellen.

Aus dem sehr reichhaltigen Inhalt, der neben den bekannten Kalenderstatistiken sehr viel neues und wichtiges Material enthält, heben wir besonders hervor:

1. den mit großer Sachlichkeit zusammengetragenen historischen Teil,
2. Statistiken über den Bankerott Deutschlands,
3. Zusammenstellung über Sowjet-Rußlands Bevölkerung, Fabrikverpachtung usw.,
4. den sehr interessanten Abschnitt „Deutsches Schulelend",
5. KPD. und Wohnungsnot,
6. Statistiken der Wahlen, der Erfindungen usw.

Ein Adressenverzeichnis der KPD., der Afa, der Volksbühnen, des Internationalen Gewerkschaftsbundes und manches andere Adressenmaterial vervollständigen dieses für jeden Arbeiter unentbehrliche Handbuch. Der Preis des Kalenders beträgt 5 Mk.

Breslau.

Lokales.

An unsere Leser und Inserenten!

Nach erfolgter Übernahme der Druckherstellung der „Schlesischen Arbeiterzeitung" nach Breslau ist auch eine Veränderung der Erscheinungstage insofern notwendig geworden, daß die bisher am Sonntag erschienene Nummer in Wegfall kommt, dafür aber zur üblichen Zeit eine Montagsnummer erscheint. Die für den Inseraten- und redaktionellen Teil in die Sonntagnummer bestimmten Aufträge werden deshalb in der Sonnabendnummer Aufnahme finden.

Leider mußten wir den Abonnementspreis ab 1. Dezember auf 7,50 Mark monatlich erhöhen, doch die ungeheuren Steigerungen ganz besonders im Druckgewerbe zwingen uns, um nur annähernd balancieren zu können, zu dieser Erhöhung. Dabei ist noch nicht abzusehen, ob nicht, wenn diese Teuerungswelle weitersteigt, eine nochmalige Erhöhung nachfolgen muß.

Unsere Leser werden begreifen, daß wir nur im letzten Moment und nur dann zur Abonnementspreissteigerung schreiten, wenn wir durch die immer mehr zusammenbrechende kapitalistische Wirtschaftsordnung dazu gezwungen werden.

Alle Genossen, alle denkenden Arbeiter müssen gerade durch diese Maßnahmen veranlaßt werden, unausgesetzt für Gewinnung neuer Leser der Schlesischen Arbeiterzeitung tätig zu sein, die sich mit eingliedern in die revolutionäre Kämpferschar. Der Verlag.

Das Presseamt des Magistrats teilt mit:

Die Weihnachtsfeier der Volkshochschule

findet Sonnabend, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des Metropol, Lohestraße 45/47 statt. Neben der Aufführung des schlesischen Spieles von Christi Geburt ist noch ein reichhaltiges Programm von Gesängen, Rezitationen usw. vorgesehen. Eintrittskarten zum Preise von 3 Mk. für Volkshochschüler werktäglich von 8—3 Uhr im Volkshochschulamt, Springerstraße 5—9, 3. Stock, Zimmer 4.

Der wirtschaftliche Aufstieg Breslaus

ist gesichert. Das geht besonders daraus hervor, daß fortwährend neue Vergnügungsstätten entstehen. So wird auch in den nächsten Tagen wieder ein neues Weinkabarett eröffnet, da der Bedarf an Sekt, Nackttänzen usw. nicht mehr gedeckt werden kann.

Die Schieber schlemmen — das Proletariat nagt am Hungertuche. Hoch lebe die „Demokratie"!

Alle erwerbsbeschränkten Eisenbahner

kommen am Donnerstag, den 8. Dezember 1921, abends 7 Uhr, im Sanssouci, Mehlgasse 11, zu einer **wichtigen Versammlung** zusammen. Jeder erwerbsbeschränkte Arbeiter, Beamte und Diätar muß erscheinen, es handelt sich um aller Interessen.

Liegnitz.

Der Streik der Schuhmacher

geht in verschärfter Form weiter. In folgenden Geschäften arbeiten Streikbrecher: Klenner, Mittelstraße, Schuhfabrik, 4 Mann; Hümer, Josef. Jauerstraße, 1 Mann; Klopsch, Neue Breslauer Straße, 1 Mann; Robert Schlei, Neue Carthausstraße, 2 Mann; Hancke, Neue Goldberger Straße, 1 Mann; Karl Jänsch, Nikolaistraße, 1 Mann; Karl Radel, Mittelstraße 77, 1 Mann; Gottwald Nerlich, Mittelstraße, 1 Mann. Die Streikleitung bittet die Einwohnerschaft um Unterstützung in ihrem Kampf.

Freiburg.

Die Generalversammlung der K. P. D.

Ortsgruppe Freiburg, fand am 2. Dezember im Buchwald statt. Genau wie im Reiche hatten auch wir unter den Verfolgungen der Justiz und Polizei zu leiden, wurden doch auch drei der besten Genossen im April verhaftet und noch diverse Haussuchungen bei vielen Genossen abgehalten. Trotz alledem, trotz dieser Schikanen haben die Freiburger Genossen immer den Kopf obenbehalten. Im laufenden Jahre wurde jeden Monat eine Mitgliederversammlung abgehalten. Außerdem fanden statt öffentliche Volksversammlungen, eine Feier für die Märzgefallenen, eine Maifeier, Teuerungsdemonstrationen und zuletzt ein Lichtbildervortrag über Sowjetrußland. Auch wurden Sammlungen veranstaltet für die Rote-Rußland-Hilfe. Der Lichtbildervortrag brachte einen Ueberschuß von 616.50 Mk. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt bis auf den 1. Kassierer, Genosse Maliska ist jetzt 1. Kassierer. Die Genossen Karl Kramer und Peterwitz gehören als Revisoren, die Genossin Krause als Frauendelegierte dem Vorstand an. Den Bericht vom Bezirks-Parteitage in Liegnitz gab Genosse Kofinke und von der Unterbezirkskonferenz Genosse Adolf Schubert. Zur Zeitungsfrage gab Genosse Krusche bekannt, daß der Sozialistische Verlag aufgelöst und eine Produktivgenossenschaft gegründet worden ist. Der Antrag, die Anteilscheine der Ortsgruppe, je 100 Mk., im Betrage von 500 Mk. und die geliehene Summe von 500 Mk., im ganzen 1000 Mk., zu liquidieren, für den Genosse Krause sprach, wurde einstimmig angenommen. Zur politischen Lage kam zur Sprache, daß jetzt die gesamte deutsche Arbeiterschaft eine Einheitsfront gegenüber dem Kapital im Begriff zu bilden ist, die Führer der S. P. D. wollen mit allen Mitteln dieselbe zerschlagen, aber die entsetzliche Teuerung, die immer schlimmer wird, muß doch endlich einmal die ganze deutsche Arbeiterschaft zu einem Bollwerk gegenüber Reaktion und Kapital und Sozialpatriotismus zusammenschweißen, da alle unter derselben Not zu leiden haben. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch ein Antrag angenommen, dem Genossen Kauffmann, der erst kürzlich aus der Haft entlassen wurde, einen Betrag von 100 Mk. aus der Ortsgruppenkasse zu überweisen, da die Familie in große Not geraten ist. Ebenso sollen die Genossen aus Hermsdorf unterstützt werden. Genossin Krause wies auf die Notwendigkeit der Frauenpropaganda hin und forderte zur regen Mitarbeit auf. Auf die demnächst stattfindende Landagitation wurde ebenfalls aufmerksam gemacht. Zum Schluß führte der Vorsitzende aus, daß sich jeder Parteigenosse eifrig an allen Parteiarbeiten beteiligen muß, damit wir unser Ziel, Verwirklichung des Kommunismus, recht bald erreichen.

Penzig.

Deutschnationale Versammlung.

Am 1. Dezember war in Nieder-Bielau eine öffentliche deutschnationale Versammlung angesagt, Referent Herr Beit. Die Versammlung war gut besucht; es waren auch Kommunisten aus Penzig anwesend. Um ½9 Uhr erklärte der Referent, die Versammlung könne nicht stattfinden, der Saal wäre nicht geheizt. Trotzdem ein andrer schöner großer Raum angeheizt war, bezahlte der Referent die Zeche und verschwand. Und so entstand aus der deutschnationalen eine kommunistische Versammlung. Genosse Wenzel zeigte den Anwesenden klar und deutlich, was heut von der Reaktion und deren Helfern gespielt wird.

Den Bauern und Landarbeitern aber legte er ans Herz, sich nicht von den Deutschnationalen einfangen zu lassen, sondern sich der Partei anzuschließen, die die Interessen des Stadt- und Landproletariats wirklich und rücksichtslos vertritt, der Kommunistischen Partei Deutschlands. Den Deutschnationalen noch unseren Dank für die kostenlose Vorbereitung der Versammlung.

Ein Musterexemplar eines Ausbeuters.

Ein fürsorglicher Arbeitgeber ist der Schneidermeister **Gauder, Breslau, Salzstraße 12.** Er beschäftigt 1 Maschinennäherin, 1 Handnäherin und 3 Lehrlinge. Dieser Ausbeuter zahlt fürstliche Löhne. Der älteste Lehrling erhält ein Kostgeld von 30 Mk., wovon noch die Beiträge abgehen. Der zweite Lehrling gar nur 20 Mk. pro Woche. Ein Lehrling hatte das Pech, eine Weste zu verlieren. Der menschenfreundliche Meister zieht nun dem armen Lehrling, welcher 3 Jahre von ihm ausgebeutet wird, pro Woche 5 Mk. von dem kargen Wochenlohn ab. Die Maschinennäherin wird mit 3 Mk., die Handnäherin mit 2,75 Mk. Stundenlohn abgefertigt. Herr Gauder scheint nicht zu wissen, daß das tarifliche Lohn um 1 Mk. höher ist. Die Gewerkschaft hat diesem sauberen Arbeitgeber schon in dieser Beziehung den Standpunkt klar gemacht — leider ohne Erfolg. Bemerkenswert ist, daß Herr Gauder seine ausgiebige Mittagsruhe hält und sichs sehr wohl sein läßt, während die Leute ohne Mittagpause bis 5 Uhr schuften müssen. Wenn dann das Personal Feierabend — macht, so fragt Herr Gauder erstaunt: „Gehen Sie schon nach Hause?" — —

Diese Sorte Arbeitgeber muß rücksichtslos an den Pranger gestellt werden. Bezeichnend ist, daß beim Städt. Arbeitnachweis auf den Hinweis, daß der Arbeitgeber unter dem Tarif zahlt, die Vermittlungsbeamten erklären: „Na da arbeiten Sie eben unter dem Tarif." —

Wir wissen genau, daß die Erwerbslosen-Unterstützung — Hungerpfennige sind. Wir wissen, daß die tariflichen Löhne infolge der Teuerung nicht für die notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreichen, um so gemeiner ist dieses Verhalten. Darum Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsbranche organisiert Euch und sorgt durch geschlossene Front die Einhaltung der tariflich festgesetzten Löhne zu erzwingen. C. T.

Versammlungs-Kalender.

KPD. Breslau.

Distrikt 1/2 Krullstraße 6		Donnerstag, den 8. 12. abends 7½ Uhr
„ 5 Ofenerstraße 23		
„ 3a Kletschkaustraße 18		Freitag, den 9. 12. abends 7½ Uhr
„ 3/13 Binzenzstraße		
„ 4/14 Gellhornstraße 21		
„ 5a Vorwerkstraße 63		
„ 6 Hubenstraße 50		
„ 7a Fröbelstraße 10		
„ 7 Luisenstraße 13		
„ 8 Zobtenstraße 26		
„ 9a Berlinerstraße 37		
„ 9 Alsenstraße 62		
„ 10 Pöpelwitzstraße 31		
„ 12 Anderssenstraße 30		

Distriktsversammlungen. Thema: **Unsere nächsten Aufgaben.** Referenten: Dehmelt, Ehrlich, Fludius Gläser, Grimm, Gründler, Kaffanke, König, Langner, Oelßner, Töpfer, Ulbrich.

Jedes Parteimitglied muß pünktlich erscheinen, Frauen mitbringen. **Die Ortsleitung.**

KPD. Breslau. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49-50, Frauen-Mitglieder-Versammlung. In anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen notwendig. Frauen-Agitationskommission.

Ortsgruppe Breslau.

Achtung! Distriktskassierer!

Alle Distriktshauptkassierer haben bestimmt bis Donnerstag, den 8. Dezember, für Monat November beim Kassierer der Ortsgruppe abzurechnen. Die Distriktsführer werden angewiesen, auf strengste Durchführung dieser Anordnung zu achten.

KPD. Landeshut. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, wichtige Frauenversammlung im Schützenhaus. Landtagsabgeordnete Genossin Wolfstein, Berlin, spricht über das Thema: „Wann endet die Not der Frau?"

Genossinnen sorgt für zahlreichen Besuch, Genossen, schickt Eure Frauen.

KPD. Penzig. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7½ Uhr, bei Herbig Mitgliederversammlung. Bezirkssekretär König-Forst referiert. Zu dieser wichtigen Versammlung muß jeder Genosse erscheinen. Gäste haben Zutritt. Die Leitung.

KPD. Striegau. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 9 Uhr, sehr wichtige Mitgliederversammlung bei Sauer. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

KPD. Liegnitz. Die Diskussionsabende finden jeden Donnerstag pünktlich abends 7½ Uhr im kleinen Saale des „Reichspräsidenten" statt. Gäste immer willkommen. Jeden ersten Donnerstag im Monat Mitgliederversammlung, in der alle Mitglieder anwesend sein müssen. Die Ortsleitung.

Eingesandt.

Der Magistrat Breslau hat mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 den Preis für eine Marke zur Entnahme von 1 cbm Automatengas von 1,80 Mk. auf 2,20 Mk. erhöht. Diese Erhöhung ist eine Folge der allgemeinen Preissteigerung.

Wer wird aber diese neue Last auf sich nehmen müssen? Nur der kapitalschwache Bürger wird wieder der sein, der sich keine Marken zu dem alten Preise von 1,80 Mk. auf Vorrat kaufen konnte. Erfahrungsgemäß haben diejenigen Kreise, die über einen größeren Geldbeutel verfügen, in Voraussicht der kommenden Teuerung auch die Gasmarkenhamsterei eifrigst betrieben. Diese Leute brennen nun noch monatelang das Gas zum Preise für 1,80 Mk. pro cbm, während die ärmere Bevölkerung bereits ab 1. Dezember 1921 für jeden cbm 2,20 Mk. zu zahlen hat. Dieser Uebelstand gewinnt noch an Schärfe, wenn man bedenkt, daß es sogar noch Leute gibt, denen es vergönnt ist, auf Grund der von ihnen bereits früher betriebenen Markenhamsterei (natürlich wieder nur vermöge des größeren Geldbeutels) jetzt noch für 1,55 Mk. einen cbm Gas zu entnehmen.

Wie gedenkt der Magistrat diese himmelschreiende Ungerechtigkeit, die blitzartig das Elend der breiten Massen wieder einmal beleuchtet, zu beheben? **Zwei Mitbürger.**

Verantwortlicher Redakteur: Erich Gentsch; Inserate Max Zschocher. — Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Püffel u. Danigel. — Sämtlich in Breslau.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Schauspielhaus
Täglich 7½ Uhr:
Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Das grosse Dezember-Programm

Wiederverkäufer!
Empfehle mich zum Bezuge guter Kern-, Toilett-, Schmierseifen, Lichten, Streichhölzern, Weihnachtskerzen, Schuhcremen, bestem Leder- und Wagenfett, Oelen, Seifenpulver und Soda.
L. Lehnert, Breslau

Zahle für alle Altmetalle höchsten Preis.
Otto, Kohlenstraße 1.

Volkswohl

Hugo Klose
Paulstraße

Mehrere möblierte Zimmer
werden bei Parteigenossen sofort zu mieten gesucht. Angebote mit Preis sind an die Geschäftsstelle der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" zu richten.

Parteigenossen
decken Ihren gesamten Bedarf an kommunistischer Literatur, Jugendschriften, Unterhaltungslektüre in der
Kommunistischen Bücherei
Breslau, Gräbschenerstraße

Für 4 alte Schallplatten 1 neue, oder höchste Bezahlung
für alte u. zerbrochene Schallplatten nur im
Musikhaus Melzer, Breslau
Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 36

Soeben erschienen!
Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland.
Preis 2 Mk.
Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Straße

Proletarier lies!
Nur durch Verbreitung des Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden!
Die Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Str.
hat ein reichhaltiges Lager aller einschlägigen proletarischen Literatur
Bücherverzeichnisse kostenlos

Die Wiedereröffnung des Speisehauses in der Weißgerbergasse, die für Beginn dieser Woche angekündigt war, wird am Mittwoch erfolgen. Der Magistrat

Die proletarische Frau

Helft Rußland!

Menschen geistern über weites Land,
Ueber Aecker, die nicht Frucht getragen,
Ueber Wiesen, die von Sonnenbrand
Aschgrau ihr zerstörtes Antlitz tragen.

Nicht ein Erntelied klang länderweit,
Sensenrauschen nicht — noch Sichelklingen . . .
Nur der Hunger wuchs aus dürrer Zeit
Und er spannte aus die düstren Schwingen.

Und er hob sein hohles Angesicht
Und sie sterben — sterben kaum — vergehen,
Gehen aus, so wie ein Kerzenlicht,
Selbst zu matt, nur noch um Brot zu flehen.

Seht, ein Volk, das mit dem Tode ringt,
Seht, ein Volk, das sich für Euch geschlagen,
Von der Wölfe gierer Schar umringt,
Not und Qual und Kreuzigung ertragen.

Weh dem Mund, der überfließt,
Nur von leerer Worte Klingen.
Wehe, wer sich nicht entschließt,
Trost und Hilfe zu erzwingen.

Fluch, wer Armengut verpraßt.
Menschenblut an jedem Bissen.
In sein Herz ihm Zentnerlast,
Schlangengift in sein Gewissen!

Menschen geistern über weites Land,
Ueber Aecker, die nicht Frucht getragen.
Arbeitsvolk, streckt aus die starke Hand
Und hilf Rußland, deine Zukunft tragen.

Bruno Schönlank.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Heß.

Wir beginnen heute mit dem Roman „Die Mutter“ von dem großen russischen Dichter Maxim Gorki. Wir empfehlen den Genossen dringend die Lektüre dieses Romans. Er wird ihnen Stunden der inneren Freude und Sammlung, Begeisterung für die proletarische Sache und neuen Mut im Lebenskampfe bieten. Er ist außerdem bei aller kommunistischen Tendenz interessant und spannend geschrieben.

(Anmerk. der Red. der „Schles. Arb.-Ztg.“)

1.

Jeden Tag zitterten und brüllten in der räucherigen, öligen Luft über der Arbeitervorstadt die Töne der Fabrikpfeife, und dem Ruf der Dampfkraft gehorchend, kamen aus den kleinen grauen Häusern mürrische Leute, die ihre Muskeln durch Schlaf nicht hatten erfrischen können, gleich erschreckten Schaben geschäftig auf die Straße gelaufen. In der kalten Dämmerung schritten sie auf der schmalen, ungepflasterten Straße zu den hohen Steinkäfigen der Fabrik, die die Menschen mit gleichgültiger Zuversicht erwarteten und ihren schmutzigen Weg durch Dutzende fetter, gelber, qudratförmiger Augen erleuchtete. Der Schmutz kappste unter den Füßen, als bedauere er spöttisch etwas. Schrille Rufe verschlafener Stimmen ertönten; hitziges, bösartiges Schimpfen durchschnitt die Luft, während dumpfe Töne: schwerer Maschinenlärm und unzufriedenes Knurren des Dampfes, den Menschen entgegentönten. Mürrisch und streng schimmerten die hohen schwarzen Schornsteine, die gleich dicken Stöcken über der Vorstadt in die Höhe ragten.

Abends, wenn die Sonne unterging und ihre roten Strahlen müde auf den Fensterscheiben der Häuser schimmerten, warf die Fabrik die Menschen gleich übriggebliebenen Schlacken aus ihrem Steinschoße aus, und sie schritten wieder die Straßen entlang, rauchgeschwärzt, mit schwarzen Gesichtern, in der Luft den klebrigen Geruch von Maschinenöl verbreitend, mit glänzenden, hungrigen Zähnen. Jetzt klang Lebhaftigkeit und sogar Freude aus ihren Stimmen — für heute war die Zuchthausarbeit beendet, zu Hause harrten Abendessen und Erholung.

Wieder war ein Tag von der Fabrik aufgezehrt, die Maschinen hatten aus den Muskeln der Menschen herausgesogen, was sie nötig hatten. Der Tag war spurlos aus dem Leben ausgelöscht, der Mensch hatte unmerklich wieder einen Schritt zum Grabe getan, aber er hatte jetzt den Genuß der Erholung, die Freuden der räucherigen Schenke dicht vor sich und — war zufrieden.

An Feiertagen schlief man bis zehn Uhr, dann zogen die Soliden und Verheirateten ihr bestes Kleid an und gingen zur Messe, indem sie unterwegs auf die Jugend wegen ihrer Gleichgültigkeit gegen die Kirche schimpften. Aus der Kirche kehrten sie nach Hause zurück, aßen Kuchen und legten sich wieder schlafen — bis zum Abend.

Die durch Jahre aufgehäufte Müdigkeit beraubte die Menschen des Appetits, und um essen zu können, tranken sie viel und reizten den geschwächten Magen mit scharf beizendem Branntwein.

Abends schlenderten sie faul durch die Straßen, und wer Galoschen hatte, zog sie sogar dann an, wenn es trocken war, und wer einen Regenschirm besaß, trug ihn selbst dann, wenn die Sonne schien.

Wenn sie einander begegneten, sprachen sie über die Fabrik, über die Maschinen, schimpften auf die Meister — sprachen und dachten nur das, was ihnen nahe war und mit der Arbeit zusammenhing. Nur vereinzelte Funken ungeschickter, kraftloser Gedanken leuchteten in der langweiligen Oede der Tage auf. Nach Hause zurückgekehrt, zankten sie mit ihren Frauen und schlugen sie oft unbarmherzig. Die Jugend saß in den Wirtschaften oder veranstaltete abendliche Zusammenkünfte, spielte Harmonika, sang zötige, unschöne Lieder, tanzte, führte garstige Reden und trank. Von der Arbeit erschöpft, wurden die Menschen schnell betrunken, und in der Brust jedes einzelnen erwachte eine ganz unverständliche, krankhafte Erregung, die einen Ausweg forderte. Sie griffen krampfhaft nach jeder Möglichkeit, dieses Gefühl der Unruhe zu entladen, fielen wegen unbedeutender Kleinigkeiten mit der fressenden Bosheit wilder Tiere übereinander her. Da entstanden dann blutige Zänkereien. Bisweilen endeten sie mit schweren Verletzungen, selten — mit Totschlägen.

Im Verhalten der Leute gegeneinander kam am meisten gerade dieses Gefühl lauernder Bosheit zum Vorschein, das ebenso eingewurzelt war wie die unheilbare Müdigkeit der Muskeln. Die Leute wurden mit dieser krankhaften Erregung geboren, sie war ihnen von ihren Vätern ererbt, begleitete sie wie ein Schatten bis zum Grabe und veranlaßte sie im Leben zu einer Reihe von Handlungen, die durch ihre zwecklose Grausamkeit abscheulich waren.

(Fortsetzung folgt.)

Der Garten des Proletariats.

Man muß feststellen, daß sehr oft bürgerliche Zeitungen der Kulturarbeit der Sowjets in Rußland in höherem Maße gerecht werden, als viele mehrheitssozialistische Blätter, die mit Vorliebe ganz einseitig Beschimpfungen gegen Sowjet-Rußland ausstoßen. So veröffentlicht Fritz Sotthöfer in der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“ vom 3. Dezember unter dem Titel „Der Garten des Proletariats, russische Briefe“, die eine Würdigung der Kulturarbeit enthalten, die in Sowjet-Rußland vor allem den Kindern zuteil wird. Nachdem er in sachlicher Form (zu welcher sich z. B. eine „Volkswacht“ in ihrem blinden Antibolschewismus nie aufschwingen kann) Kritik übt an den Maßnahmen, die aus der Parole „wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“ und aus der Sozialisierung der Paläste der Reichen entsprungen waren, schreibt er folgendes über die „Blumenbeete im Garten des russischen Proletariats“, über die Kinderpflege nieder:

Ein Teil des Proletariats hat ein restloses Glück gehabt, die Kinder. In Moskau sieht man auf Schritt und Tritt große Häuser mit Aufschriften, die anzeigen, daß da irgend eine Kinderversorgungsanstalt untergebracht ist. „Kinderwelt“ heißt es am häufigsten und man ist, da die Russen für Friede (mür) und Welt (mir) nur ein gleichlautendes Wort haben, seit der Einführung der neuen Orthographie im Zweifel, ob man nicht Kinderfriede übersetzen soll. Das wäre auch noch ein schöner Name für eine schöne Sache. Ein solches Kinderheim kann ein Paradies für die Kleinen sein, wenn die Wärterinnen es wollen. Sie wollen es wohl in den meisten Fällen. Was ich davon gesehen habe — keineswegs Paradeanstalten, die offiziell dem Fremden gezeigt werden — waren rührende Beispiele der Aufopferung im Dienste. Den fetten runden Würmchen fehlt es an nichts, jedenfalls nichts von dem, was die Proletarierfamilie überhaupt nicht aufbringen könnte. Der einzige Mißton in diesem Glücke ist, daß es auch nur Wenigen von den unendlich Vielen zu teil wird. Draußen auf den Straßen sieht man hin und wieder die arme Frau mit dem Kinde an der Brust, während sie irgend etwas zum Verkaufe feil hält.

In einer verlassenen bürgerlichen Villa draußen in einem Park hat ein junger Arzt ein Heim für tuberkulöse Kinder eingerichtet. Der Staat bestreitet die Kosten, nicht allzu verschwenderisch in Anbetracht der allgemeinen Geldnot, die durch die Flut von Papiergeld nicht gemildert wird. Da liegen die sieben-, zehnjährigen Arbeiterkinder, in schönen Lazarettbettchen, Schwestern sind um sie, der Arzt kennt jeden der vierzig Pfleglinge so genau, daß die individuellste Behandlung möglich ist. Die Armen leiden alle an Knochentuberkulose und, wie es scheint, wurden in vielen Fällen Besserungen erzielt. Ich kann das nicht beurteilen. Mich mußte das Ganze mehr vom Standpunkte der sozialen Fürsorge interessieren. Und da ist geschehen, was die Liebe eines Arztes zu seinem Beruf vermag. Allerdings fehlt ihm manches an Hilfsmitteln, die ausländische Fachliteratur, die ihn über den neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung unterrichtet, vor allem aber ein Röntgen-Apparat. Wer kann ihm dazu verhelfen? Denn solange die offizielle Einfuhr solcher Instrumente nicht im Großen betrieben werden kann, wird das Kinderhospital kaum unter den ersten Anwärtern figurieren können.

Ein Sonntag-Nachmittag bei Kindern, die infolge körperlicher Gebrechen geistig zurückgeblieben sind, draußen im östlichen Moskau. Die Aerzte sind von der gleichen Aufopferung an ihre Aufgabe beseelt, rein menschlich und wissenschaftlich. Man fühlt das sofort heraus. Denn ein Vergnügen kann es nicht sein, unter wenig glänzenden Einrichtungen das Unternehmen zu führen. Es ist eines von vielen. Auf rein medizinische Behandlung wird verzichtet. Die Kinder werden vom Geiste aus kuriert; rein erzieherisch mit sorgfältigstem Eingehen auf die Individualität. Die Aerzte, die uns Leben gerne wüßten, was auf ihrem Spezialgebiete jetzt in Deutschland geleistet wird, sprechen von guten Erfolgen. Ihre Methode ist: möglichste Freiheit für die defekte Seele. Wir sahen eine Aufführung des „Aschenbrödels“, die die Kinder ganz aus eigenen Kräften aufgebracht hatten. Vor einiger Zeit hatten sie in der Großen Oper eine solche Kinder-Vorstellung gesehen, und nun ahmten sie nach, so gut es ging. Geistig völlig Gesunde hätten es nicht besser machen können. Wir erzählten den Aerzten, daß in Deutschland infolge der Unterernährung währen des Krieges unsere heranwachsende Jugend sehr zurückgeblieben ist, körperlich gebrechlich vielfach und darum auch geistig nicht auf der normalen Höhe. Solche Fälle haben sie kaum. Bei ihren Geneslingen handelt es sich meistens um vererbte Anlagen.

Das sind die Blumenbeete aus dem Garten, in dem das russische Proletariat arbeitet. Von dem „Proletkult“, der Pflege der allgemeinen proletarischen Kultur, oder sagen wir lieber Volksbildung, wird noch mehr zu reden sein.

Die Eheschließung in Rußland.

Über das Institut der Ehe in Sowjetrußland sind in der Presse oftmals Berichte erschienen, die zu der irrtümlichen Auffassung führen konnten, daß das kommunistische Rußland von heute eine Ehe im westeuropäischen Sinne überhaupt nicht kennt. Eine solche Auffassung entspricht aber nicht der Wirklichkeit. In der amtlichen russischen Zeitung „Iswestija“ vom 18. März und 27. Mai d. J. findet sich eine Zusammenstellung der hauptsächlichsten gesetzlichen Bestimmungen über die russische Eheschließung, aus denen deutlich hervorgeht, daß die Veränderungen der neugesetzlichen Regelung der Ehe nicht so sehr das Wesen dieser selbst, als die Formen ihrer Eingehung und Trennung betrifft. Die grundlegenden Bestimmungen über die Ehe in Sowjetrußland erkennt nur die Zivilehe an. Jedoch kann die Ehe neben dieser zivilen Trauung, wenn die Eheschließenden das durchaus wünschen, auch noch kirchlich geschlossen werden, denn die Sowjetregierung will mit Gewalt niemand von einer doch nur äußerlichen Zeremonie abhalten. Das Mindestalter zur Eingehung der Ehe beträgt beim Manne 18, bei der Frau 16 Jahre. Die Eheschließung wird durch beiderseitige Willenserklärung bewirkt und gilt als vollendet, sobald Braut und Bräutigam übereingekommen sind, die Ehe miteinander einzugehen. Die Beurkundung für Eheschließung wird durch das Departement für Eheschließungssachen (Zivilstandesamt) bewirkt, wo die Personalien des jungen Paares in ein besonderes Buch eingetragen werden. Die Neuvermählten können entweder den Namen des Bräutigams oder den Namen der Braut oder auch endlich den Namen beider als denjenigen, den sie künftig führen wollen, ins Buch eintragen lassen. Der registrierende Beamte erklärt die Ehe als rechtswirksam geschlossen, sobald die Eintragung bewirkt ist. Die Zeremonie der Eheschließung besteht darin, daß Braut und Bräutigam den Zipfel einer roten Fahne berühren, die über dem Tisch des Zivilstandesbeamten angebracht ist, und hierbei erklären, daß sie in den Stand der Ehe zu treten gewillt sind. Zur Ehescheidung genügt eine einfache diesbezügliche Erklärung des Ehemannes oder der Ehefrau. Wird die Scheidung beiderseits beantragt, so erübrigt sich jegliches Gesuch und die Scheidung kann unverzüglich ausgesprochen werden. Ist aber eine der Parteien nicht mit der Scheidung einverstanden, so kann die Ehe erst nach Ablauf von zwei Monaten vom Tage der Aufforderung in der Presse erfolgen, daß der abwesende oder mit der Scheidung nicht einverstandene Ehegatte beim Standesbeamten oder an Gerichtsstelle erscheinen soll. Ist diese Frist abgelaufen und überzeugt sich der Standesbeamte oder, wo ein solcher nicht vorhanden ist, der örtliche Richter davon, daß einer der Ehegatten auf Trennung besteht, so wird diese geschieden. Der geschiedene Ehegatte ist berechtigt, von dem begüterten anderen Ehegatten materielle Unterstützung zu verlangen. Bei nicht begüterten Ehegatten wir der schuldige Teil durch das Kommissariat für soziale Fürsorge angehalten, dem nichtschuldigen Ehegatten aus seinem Verdienst materielle Beihilfe zu leisten. Für das Verhältnis der Eltern zum Kinde ist die Tatsache der Zeugung ausschlaggebend. Ein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern existiert nicht. Erbrechte bestehen ebenfalls nicht mehr. Die Vereinfachung der Eheschließung hatte eine außerordentliche Vermehrung an Ehen in Sowjetrußland zur Folge. Zeitweilig mußten sich die Paare beim Zivilstandesamt anstellen und auf ihre Reihe warten.

Frauen.

Was sagt Eure Nachbarin zu den ungeheuren Preissteigerungen?

Hat die Nachbarin eine Ahnung, warum das so ist, und warum es vielleicht noch schlimmer wird?

Habt Ihr schon mit der Nachbarin darüber gesprochen?

Hat sie Unsere Zeitung im Haus?

Habt Ihr die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ weitergegeben?

Wo Ihr auch seid, im Haus oder beim Einkauf — werbt für unsere Sache!

Die Frauen müssen mit in die Reihe, wenn wir uns und unsere Kinder vor dem Elend retten wollen.

Geht für die „Rote Hilfe“.

Der Parteitag der Kapitulation vor dem Kapitalismus.

Von V. Stern-Wien.

Ende November tagte in Wien der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, dem nicht nur die rechtssozialistische und unabhängige, sondern auch — und das ist bezeichnend! — die bürgliche Presse uneingeschränkte Lobeshymnen singt. Das Verständnis hierfür geht einem sofort ein, wenn man folgenden Artikel aus der berufenen Feder des Genossen Stern liest.

(Anmerk. der Red. der „Schles. Arb.-Ztg.")

Die österreichische Sozialdemokratie, die führende Partei der Zweieinhalb-Internationale, sucht in der ganzen Welt vergeblich ihresgleichen. In der Praxis steht sie bisweilen noch weiter rechts als selbst die Scheidemann-Partei, in der Theorie aber ist sie anpassungsfähig, so daß es für sie eine Kleinigkeit ist, heute bolschewikische Methoden als richtig und notwendig zu verherrlichen (natürlich nur für fernliegende Zeiten und Länder), und morgen mit zynischer Offenheit zu erklären, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, der Bourgeoisie die niedrigsten Handlangerdienste zu leisten und ihr zuliebe die unerträglichsten Opfer zu bringen. Ein besonders krasses Bild dieses Geistes bot das Auftreten der sozialdemokratischen Führung auf dem letzten Parteitage, der am 26. und 27. November in Wien stattfand.

Die „Arbeiter-Zeitung" sagt selbst, daß dieser Parteitag nichts Neues brachte, und nur dem Zwecke diente, die „Politik" der Partei der Gefolgschaft begreiflich zu machen. In dem proletarischen Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft zeigt sich nämlich — und das konnte weder die sorgsame Regie des Parteitags noch auch die noch sorgsamere Berichterstattung ganz vertuschen — ein immer größeres Verständnis für die kommunistische Kritik an der sozialdemokratischen Politik. Die Sozialdemokratie verfolgt hier die Taktik, in der Oeffentlichkeit von den Kommunisten nicht viel zu reden, und dadurch den Anschein zu erwecken, als ob der Kommunismus in Oesterreich keinerlei Beachtung verdiene. Die Sozialdemokratie lebt hier nämlich sehr stark von der Anziehungskraft ihrer zahlenmäßigen Größe gegenüber der Kleinheit der Kommunistischen Partei. Darum beschränkt sie sich darauf, den Kommunismus durch heimlichen, maßlosen Terror in den Betrieben durch unerhörte Verleumdungen hinter den Kulissen usw. zu bekämpfen. Da man aber durch Totschweigen Tatsachen bekanntlich nicht aus der Welt schaffen kann, so war der ganze Parteitag der Abwehr kommunistischer Einflüsse gewidmet. Alle Referate waren nichts anderes als jämmerliche Versuche, sich gegenüber den schweren kommunistischen Anklagen zu rechtfertigen, von denen in der Debatte sozialdemokratische Oppositionsredner sich einen Teil zu eigen machten.

Otto Bauer hatte es übernommen, die schwerste Anklage zu entkräften, den Vorwurf, daß sich die Sozialdemokratie in den für das Proletariat lebenswichtigen Fragen ruhig überstimmen läßt und daß ihr Finanzplan selbst der Regierung die Auswucherung der Massen erleichtert. Er wußte nichts anderes vorzubringen als den Hinweis darauf, daß das Proletariat in der ganzen Welt dem Kapitalismus gegenüber in die Defensive gedrängt wird, daß deshalb ein Sieg des Sozialismus dem kleinen Österreich unmöglich sei, obwohl hier die Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments stärker sei als die Bourgeoisie. Der Bürgerkrieg würde mit dem weißen Terror enden, und deshalb müsse es die Sozialdemokratie dulden, wenn sie im Parlament überstimmt wird. Daß der sozialdemokratische Finanzplan es der Bourgeoisie ermöglicht habe, sich die Maßnahmen herauszusuchen, die die Massen belasten, leugnete er frech. Dabei hat die „Arbeiter-Zeitung" damals, als Gürtler zum ersten Male sein Programm, das Hunderte von Milliarden Massensteuern ankündigte, jubelnd festgestellt, daß der allergrößte Teil dieses Programms dem sozialdemokratischen Finanzplan entnommen sei. Darüber daß die sozialdemokratische Politik in der ganzen Welt die Ursache der gesteigerten kapitalistischen Offensive ist, sagte er natürlich nichts, auch nichts darüber, daß auch die Sammlung der revolutionären Kräfte und die Zerrüttung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der ganzen Welt Fortschritte macht. Die Theorie, daß sich die Arbeiterklasse dort, wo sie aus inneren oder äußeren Gründen die ganze Macht noch nicht an sich reißen kann, einfach alles gefallen lassen muß, obwohl sie viel stärker ist als der Gegner, ist also die neueste Errungenschaft dieses Meisters im Ersinnen von Ausreden für den Verrat am Proletariat.

Noch interessanter ist, was Bauer über das österreichische „Zuredesystem" verrät. Er meinte, in den andern Staaten herrscht dem Proletariat gegenüber das System der Gewalt, in Oesterreich aber das „Zuredesystem", mit dem nicht jeder Esel regieren könne, und er fügte gleich hinzu, daß dieses System von denen gehandhabt werde, die hier nicht in der Regierung sitzen. In schamlosester Weise also gab er zu, daß hier das „Zureden" der sozialdemokratischen Führer die Massen dazu bringt, zugunsten der Besitzenden jene Opfer zu tragen, die dem Proletariat wo anders mit blutiger Gewalt aufgezwungen werden. Die Sozialdemokratie bekennt sich offen als Ersatzmittel für Noske-Garden und jene Gewaltmittel, die den Kapitalisten hier nicht in genügendem Maße zur Verfügung stehen.

Ellenbogen, einst Ernährungsminister, suchte den Delegierten das Eintreten der Sozialdemokratie für den Abbau der Lebensmittelzuschüsse schmackhaft zu machen. Diese scheinbar schwere Aufgabe trachtete er sich zu erleichtern, indem er die Kommunisten in ganz unsinniger Weise verleumdete. Er erklärte, die Kommunisten verlangen, daß das Defizit des Staates durch das Drucken von Banknoten gedeckt werde. In Wirklichkeit führen die Kommunisten einen leidenschaftlichen Kampf gegen diese Art der Finanzwirtschaft. Aber Ellenbogen war es darum zu tun, den Anschein zu erwecken, als ob es nur eine Wahl gäbe zwischen Verteuerung der Lebensmittel oder Drucken von Banknoten. Darum verschwieg er, daß die Kommunisten dafür sind, daß die Deckung des Defizits durch Leistungen der Besitzenden zu erzwingen ist. Hätte er das klar gesagt, so würde kein sozialdemokratischer Arbeiter begriffen haben, warum er dagegen ist.

Aber selbst dieser Schwindel genügte nicht, und so erklärte Ellenbogen stolz, der Abbau dürfe nicht auf einmal, er müsse allmählich durchgeführt werden und der Reallohn müsse geschützt bleiben. Wie das geschehen soll, da doch die Sozialdemokraten von einer Kontrolle der Produktion nichts wissen wollen, wurde nicht verraten. Selbst wenn sich die Unternehmer bereit finden, eine Lohnzulage zu gewähren, und schließlich können ja die Löhne nicht die alten bleiben, wenn alles doppelt so teuer wird, so werden diese Zulagen selbstverständlich wieder auf die Preise überwälzt. Auch hat die Sozialdemokratie bisher immer gezeigt, daß sie nichts dagegen tut, wenn die Regierung neue Massenbelastungen einführt, ohne sich um die „Bedingungen" der Sozialdemokratie zu kümmern.

Schließlich schwatzte Adler über die Internationale. Er erklärte, während das letzte Mal zu überlegen war, ob man der Dritten Internationale beitreten solle, sei man jetzt wieder so weit, zu erwägen, ob es nicht gut wäre, zur Zweiten Internationale zurückzukehren. Da man aber nicht wissen könne, ob sich der Kapitalismus noch hält oder ob er nicht doch zusammenbricht, sei es am besten, sich nach keiner Seite zu binden. Das ist so richtig Friedrich Adler.

In der Debatte merkte man trotz alledem den erstarkenden Einfluß der klaren und jedem Proletarier verständlichen Stellungnahme der Kommunistischen Partei. Aber die Regie und falsch aufgefaßte Disziplin siegten selbstverständlich. Alle Anträge der Führung wurden einstimmig angenommen. Gutgemeinte Anträge naiver Mitglieder und Ortsgruppen, die Kampf forderten gegen den Klerikalismus, für modernes Erbrecht, gegen die monarchische Reaktion, gegen die Teuerung usw., wurden durch Ablehnung oder durch Zuweisung an die Fraktion oder an den Vorstand als Begräbnis erster Klasse abgetan. Der neue alte Vorstand wird so tun, als sei seine Politik von den Massen der Mitglieder gebilligt worden.

In Wahrheit hat aber auch dieser Parteitag, soweit dies möglich ist, gezeigt, daß die Politik, die die Sozialdemokratie jetzt betreibt, die Massen stutzig macht. Die sich rasch verschärfenden Folgen dieser Politik werden ein übriges tun und zahllosen Proletariern die Augen öffnen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Nach dem Streik der Düsseldorfer Metallarbeiter.

Der dreiwöchige Streik der 60 000 Metallarbeiter im Düsseldorfer Industriegebiet ist durch den plötzlichen Abbruch zur Niederlage geworden. Die Unternehmer weigern sich vielfach, die getroffenen Abmachungen einzuhalten, es erfolgen massenhaft Maßregelungen. Die erzielte Lohnerhöhung entspricht bei weitem nicht der seit Beginn des Streikes eingetretenen Preissteigerung für alle zum Leben notwendigen Artikel. Die Arbeiter sind in einer

ungeheuren Erbitterung

über den Verrat der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften, die unmittelbar am Abbruch des Streikes schuld sind. Doch auch gegen die Führer der freien Gewerkschaften werden berechtigte schwere Vorwürfe erhoben; ihr Verhalten während des Streiks wird scharf verurteilt. Sie haben zu Anfang des Kampfes die verhängnisvolle Abmachung mit den Führern der Christlichen und Hirsche getroffen, die besagt, daß, wenn zwei der Organisationen die Beendigung des Streikes verlangen, diese zu erfolgen hat. Sie taten das, obwohl sie wie jeder freigewerkschaftliche Arbeiter genau wußten, daß die Führer der Christlichen und Hirsche gewohnheitsmäßig, grundsätzlich stets und ständig Verrat geübt haben und Verrat üben werden.

Noch schwerwiegender ist aber der Vorwurf gegen die freigewerkschaftlichen Führer, daß sie nichts taten, um den Kampf der Düsseldorfer Metallarbeiter zu verbreitern und dadurch zu verschärfen, trotzdem große Arbeitermassen im Rheinland-Westfalen stürmisch dahin drängten. Es ist unmöglich, die Metallindustriellen eines Bezirks durch einen kurzen Teilstreik zum Nachgeben zu zwingen. Die Unbelehrbarkeit der Bürokratie des DMV. ist eine der Hauptursachen der Niederlage der Düsseldorfer Metallarbeiter.

In diesem Moment, in dem die Arbeiterschaft durch die äußerste Not und die frechen Unternehmerprovokationen in eine Verzweiflungsstimmung versetzt war, haben die Syndikalisten im Düsseldorfer Bezirk die Parole der Betriebsbesetzung und der direkten Aktion hineingeworfen. Von den Kommunisten wurde diese Parole sofort zurückgewiesen, weil sie unsinnig ist in einem Augenblick, wo es gilt, kaltes Blut zu bewahren, weil die bereitstehenden weißen Garden nur auf den Anlaß warten, um ein Blutbad unter der Arbeiterschaft anzurichten. Doch scheint die Parole der unklaren Hitzköpfe in einzelnen Werken Erfolg gehabt zu haben, wenn folgende VTB.-Meldung etwas Wahres enthalten sollte:

Düsseldorf, 5. Dezember.

Nachdem am Freitag nachmittag der Streik in der Düsseldorfer Metallindustrie beendet war, ging der größte Teil der Arbeiter wieder in die Fabriken. Am Nachmittag drangen dann große Trupps von verschiedenen Leuten, unter denen sich auch Russen und Polen befanden, in den Betrieb der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie in Oberbilk ein. Der Belegschaft des Werkes gelang es, die Eindringlinge wieder zu vertreiben. Späterhin aber wurden die Ausschreitungen planmäßig in Oberbilk fortgesetzt. Größere Trupps drangen in verschiedene Betriebe gewaltsam ein, um in einigen Fällen die Feuer unter den Kesseln herauszuziehen, in anderen Fällen die Kabel oder die Wasserleitungen zu unterbrechen und andere Störungen zu verursachen. Durch diese Ausschreitungen wurden folgende große Werke abermals stillgelegt: Das Oberbilker Stahlwerk, die Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, ferner Haniel u. Lueg, Hohenzollern, Losenhausen, Delta-Metallwerk.

Nach dieser Meldung scheint es auf einzelnen Werken zu einem Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter gekommen zu sein. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß im gegenwärtigen Moment sich nichts Verhängnisvolleres ereignen könnte.

Von den Kommunisten wird alles getan, um die Arbeiterschaft für die kommenden Kämpfe aktionsfähig zu erhalten. Sie können die Verzweiflung und Erbitterung verstehen, die in dem Bewußtsein liegt:

3 Wochen gedarbt und nichts erreicht!

Aber kein Teil der Arbeiter darf durch Sonderaktionen den allein schuldigen Gewerkschaftsführern den Vorwand liefern, Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen. Alle zusammen müssen die Ursache der Niederlage erkennen und sie beseitigen. Nur durch einheitliches Vorgehen auf breitester Grundlage kann das Proletariat der Unternehmeroffensive begegnen. Es gilt, alles zu beseitigen, was der Einheitsfront der Arbeiterschaft im Wege steht.

Ober-Altwasser.

Die hiesige Zahlstelle des Bergarbeiter-Verbandes hielt am Sonntag, den 4. Dezember, ihre Generalversammlung ab. Kamerad Rudolf eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung, 2. Vortrag des Bezirksleiters Becker über die wirtschaftliche Lage, 3. Anträge und Verschiedenes. Wiedergewählt wurden der Vertrauensmann, der Kassierer und die Ersatzleute. Als Schriftführer wurde Kamerad Reichel, als Kartelldelegierte die Kameraden Fritz Böer, Schulz und Jäkel, als Jugendobmann Kamerad Kirscht gewählt. Kassenrevisoren sind die Kameraden Reichel, Hartwig und Keil. Sämtliche nahmen die Wahl an. Kamerad Becker schilderte nun die Notlage der Arbeiterschaft, um den Wucher zu bekämpfen forderte er auf nur das Notwendigste zu kaufen, da jede Lohnforderung uns immer mehr ins Elend bringt, da immer eine Kohlenpreiserhöhung folgt und forderte daß die Löhne den Weltmarktpreisen angepaßt werden sollen. Das den Unternehmern die 7-Stundenschicht im Magen liegt und Ueberschichten ohne jede Vergütung eingeführt werden sollen, zeigten ein paar Auszüge aus dem Unternehmerorgan. Alle Schuld trägt natürlich wie immer die Zersplitterung der Arbeiterschaft, weil man die Abgeordneten in den Parlamenten mit Glocken und Pfeifentrillern an ihrer Tätigkeit hindert (gemeint sind die Kommunisten). Auch soll man in Zukunft die Genossen der KPD. um ihre Legitimation bitten. Das waren so die praktischen Vorschläge, um die Arbeiterschaft vor weiterer Verelendung zu schützen. Kamerad Reichel zeigte in der Diskussion den Kameraden den Weg den wir bis jetzt gegangen sind, und daß wir mit der Volkspartei und mit Stinnes nicht vorwärtskommen können und für eine sozialistische Bedarfswirtschaft kämpfen müssen; nur indem sich die Arbeiterschaft zusammenschließt ohne Unterschied der Partei, und von den Führern endlich die Durchführung der 10 Forderungen des ADGB. fordert, kann das Elend abgehalten werden. Mit dem Apell bei der Durchführung dieser Forderungen hinter den Organisationen zu stehen, wurde die Diskussion beendet. Ein Antrag des Kameraden Fritz Böer, für die Hermsdorfer Inhaftierten 200 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt, dafür wurde eine freiwillige Sammlung empfohlen. Der Ertrag war 90 Mark, die den Familien zugestellt werden. Ein Antrag, 500 Mark für die Witwen der Zahlstelle aus der Lokalkasse zu bewilligen, wurde angenommen. Da die Tagesordnung erschöpft war, schloß Kamerad Rudolf die Versammlung.

Platos Ochsen.

Der weise Plato ging einmal
In einem großen Wiesental
Wohl unter allerlei Disputieren
Mit einem seiner Schüler spazieren.
Sie kamen an eine Rindviehherde,
Die mit den Köpfen auf der Erde
Dort an dem schlechten, verschlammten Gras
Mit vieler Mühe satt sich fraß.
Verwundert blieb der Schüler stehn:
„Sieh', Meister, dort drüben, die Trift, wie schön,
Und hier das Futter schlecht und morastig,
Und doch verschlingt das Vieh es so hastig.
Sieht's denn nicht drüben auf weiter Flur
Die üppigste, kräuterreichste Natur?
Warum wohl geht's nicht zum Besseren fort,
Was hält es gebannt an diesen Ort?"
„Mein Sohn", sprach Plato, „sieh' den Grund
Dort in dem schwarzen Hirtenhund,
Der will es einmal durchaus nicht leiden,
Daß diese Tiere wo anders weiden.
Kaum wendet es sich von der Stelle,
Erhebt der Schwarze ein keifend Gebelle,
Fährt wütend an das vermessene Tier
Und tut, als wollt er's verschlingen schier."
Der Knabe schüttelte den Kopf und spricht:
„Kann denn aus dieser Herde nicht
Das schwächste Tier nach Lust und Belieben
Zehn solcher Kläffer beiseite schieben?
Lös mir das Rätsel, du weiser Mann,
Weshalb nur ertragen sie Acht und Bann?"
„Ich will es dir sagen, du liebes Kind:
Deswegen, weil sie — Ochsen sind!"